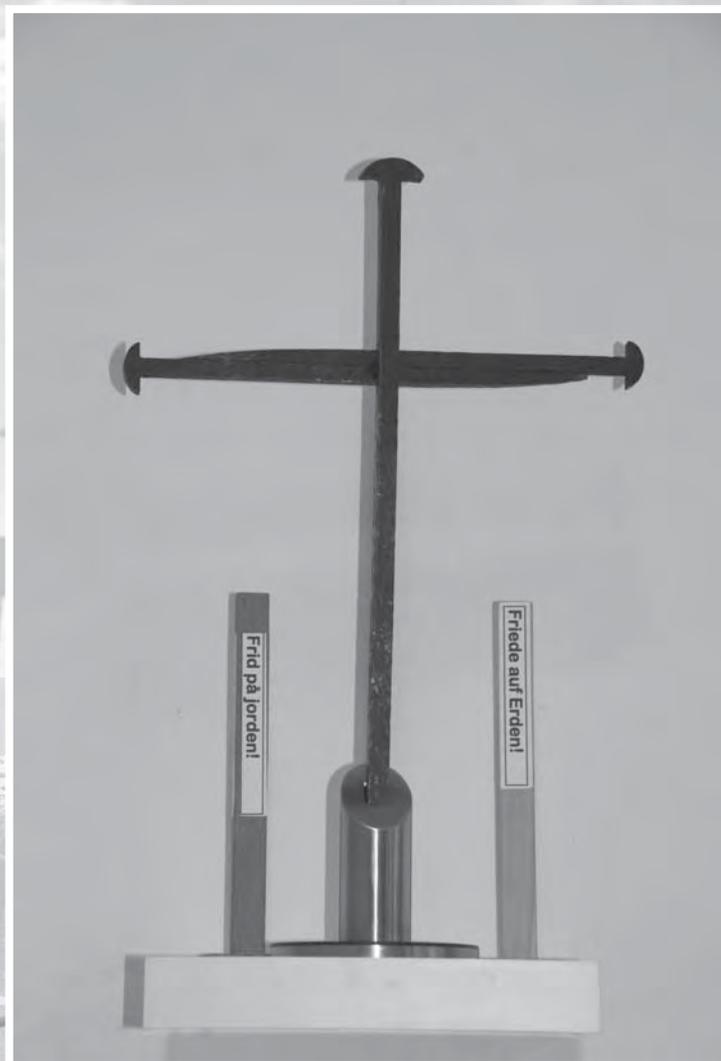


der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2016



Nagelkreuz für Menschenrechtszentrum

Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter

Hunde in der therapeutischen Arbeit

Aktuell

- 3 SED-Opferverbände für volle Amtszeit von Roland Jahn
Erinnern an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft
Ulrike Poppe bleibt Aufarbeitungsbeauftragte
Mehr Geld für die Aufarbeitung in Sachsen
DDR-Wissen nicht dem Zufall überlassen

Recht

- 4 Berechnung der Grundsicherung – ein Beispiel
50 Millionen Euro für Entschädigung
deutscher Zwangsarbeiter

International

- 5 Nord-Korea am Scheideweg
Wiedervereinigung „unter allen Umständen“?
Kubas Stasi stürmt Kinderparty

Thema

- 6 Tiergestützte Interventionen
- 8 Beratungsstelle Gegenwind

Interview

- 9 Die Konkurrenz des Erinnerns

Lernen hinter Gittern

- 10 Glücksbringer in Sachsenhausen
Englisch kann man immer gebrauchen
Verkehrsunterricht hinter Gittern
Steno in Bautzen

Berichte

- 11 Ort der Versöhnung
Reichsbahn und DDR-Zwangsarbeit
- 12 Neue Kontakte
Von Altersweisheit keine Spur
- 13 Eine Erfolgsgeschichte
„Helfende Hände“

Verbände

- 14 Auszeichnung
Leserbrief
- 15 Abschied
„Kindheit hinter Stacheldraht“

Service/Bücher

- 16 Ausbruch aus eingemauertem Denken
- 18 Drangsalier und dekoriert
Ausgebürgert und vergessen

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Das Nagelkreuz, zusammengesetzt aus den Überresten der von deutschen Weltkriegsfliegern zerstörten Kathedrale St. Michael von Coventry, ist zu einem weltweiten Zeichen geworden. Am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, wurde dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. (MRZ) dieses Kreuz verliehen. Damit ist das MRZ in die globale Nagelkreuzgemeinschaft aufgenommen. (s. auch S. 11)

Foto: Sylvia Wähling

Editorial

Ein neues Jahr

Von Horst Schüler

Geschrieben am sechsten Tag des neuen Jahres. Noch im Ohr die Wünsche, es möge doch bitte, bitte besser werden als das vergangene – und schon werden sie von der Realität verhöhnt. Köln, Hamburg, Stuttgart und sicher noch ein paar andere Städte, fröhlich feiernde junge Frauen, plötzlich umringt von Männern, die sie sexuell belästigen und dabei bestehlen. Arabisch und nordafrikanisch sahen sie aus, so heißt es. Entsetzen in den Medien sowie bei der politischen Prominenz, und einmal mehr das Versprechen, „mit aller Kraft den Rechtsstaat zu schützen“. Mag ja sein, daß sie jetzt den guten Willen dazu haben, in den vergangenen Monaten war ihnen das, was einen Rechtsstaat auszeichnet, aus falsch verstandener Nächstenliebe nicht so wichtig. Für uns jedoch, die wir für demokratische Rechtsstaatlichkeit kämpften, deshalb in Kerker und Lager gingen, für uns ist der Erhalt des Rechtsstaates seit jeher Inhalt unseres politischen Lebens. Seine Gefährdung stößt auf unseren Widerstand.

Da verlassen Millionen ihre von Krieg, Terror, Hunger und Entbehrung gezeichnete Heimat, suchen Schutz in Europa. Es steht außer Frage, daß ihnen dieser Schutz gewährt werden muß. Allerdings sollte das mit sachlichem Denken und Vernunft geschehen, nicht mit einer von überbordender Emotionalität geprägten „Willkommenskultur“, die alle Grundsätze des Rechtsstaates über Bord wirft. Abertausende haben wir ohne namentliche Registrierung ins Land gelassen, wir reagieren hilflos, wenn in den Unterkünften Angehörige unterschiedlicher Nationalität aufeinander losgehen, wir lassen es zu, wenn sie bestimmen, wo sie hinwollen. Wir reden von der europäischen Solidarität, schaffen es aber nicht, die anderen EU-Länder zur Aufnahme von Flüchtlingen zu bewegen. Wir stehen vor noch gar nicht abzusehenden Problemen auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten, in den Schulen, gar nicht erst zu reden von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die noch auf uns zukommen werden. Ehrhart Körting, Sozialdemokrat und bis 2011 Justiz- und danach Innensenator in Berlin, hat jüngst im „Tagesspiegel“ dies so kommentiert:

„Die meisten Flüchtlinge kommen aus Gebieten mit einem völlig anderen Verständnis von Grundwerten und Demokratie... Und sie haben Familienvorstellungen und ein Frauenbild, das uns schauern läßt.“ Körting abschließend: „Nicht nachvollziehen kann ich das Verschweigen von Problemen. Wer sie verschweigt wie die Kanzlerin, produziert im Ergebnis Rechtsradikalismus und den Abbau des Rechtsstaates.“

Recht hat er, der Herr Körting. Auch mit der Kritik unserer Kanzlerin. Es ist sicher richtig, daß ihr Handeln von Nächstenliebe bestimmt wird. Doch es ist auch richtig, wenn man ihr einen Hang zur Eigenmächtigkeit vorwirft, der sie veranlaßt, Entscheidungen ohne Zustimmung des Parlaments zu fällen. Folge in der sogenannten Flüchtlingsfrage ist eine verhängnisvolle Spaltung der Volksmeinung. Die „Wir schaffen das“-These wird von der Hälfte geteilt, von der anderen kraß verneint. Da man in political-correctness-Kreisen schnell die Faschismus-Keule schwingt, wagen viele nicht mehr das zu sagen, was sie denken. Für einen Rechtsstaat kann es Ärgeres kaum geben. Und um schnell noch mal auf die eingangs geschilderten sexuellen Angriffe auf Frauen zu kommen: Hat doch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker geraten, Frauen mögen bitte Abstand zu Fremden halten und möglichst nur in Gruppen ausgehen. Fragt sich nur, ob man über solche Ratschläge nun lachen oder weinen soll.

Wir leben in einer sehr unruhig gewordenen Zeit. Eine Krise jagt die andere. Vor wenigen Monaten lag noch das Geschehen in der Ukraine wie ein dunkler Schatten über uns. Der sowieso schon seit Jahren von Terror und Kriegen durchzogene Nahe Osten steht mit dem Streit zwischen Saudi-Arabien und dem Iran vor einem neuen finsternen Höhepunkt. Die Klima-Frage bewegt uns alle. Nord-Korea testet eine Wasserstoffbombe. Und die Europäische Union ist nur noch ein Haufen an sich selbst denkender Staaten. Immerhin: Die diese Union führen, sie haben sich gerade die eigenen Einkünfte erhöht. Präsident Juncker und sein Ratspräsident Tusk auf 31 272 Euro monatlich.

Da läßt es sich doch froh ins neue Jahr gehen.

SED-Opferverbände für volle Amtszeit von Roland Jahn

(st) Die UOKG weist die Bestrebung von Teilen des Deutschen Bundestages, den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, nur befristet in die neue Amtszeit zu berufen, entschieden zurück.

Wer diese Forderung aufstellt, habe offensichtlich das Ziel, die Aufarbeitung und Aufklärung über die Verbrechen des Ministeriums für Staatssicherheit und der SED nachhaltig zu bremsen.

Der Vorsitzende des Bundestags-Kulturausschusses, Siegmund Ehrmann (SPD), habe sich mit der Forderung, Roland Jahn solle nur kommissarisch bis zum Herbst im Amt bleiben, an die Spitze der Aufarbeitungsgegner gesetzt. Der Hinweis des Bundestagsabgeordneten Ehrmann, zunächst die Ergebnisse der sogenannten Expertenkommission zur Zukunft der Stasiunterlagen-Behörde abzuwarten, sei keine Begründung dafür. Die wirklichen Experten für das unselige und zerstörerische Wirken des MfS und der SED seien nicht Wissenschaftler, sondern Hunderttausende von Opfern des SED-Regimes.

Die Opferverbände, die in der UOKG versammelt sind, würden der Zerschlagung der Stasiunterlagen-Behörde und der von politisch interessierter Seite geplanten Abberufung eines Bürgerrechtlers und qualifizierten Behördenleiters wie Roland Jahn ihren geschlossenen Widerstand entgegensetzen.

Erinnern an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft

(sta) Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat zur Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 10. Januar in Berlin einen Kranz am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde niedergelegt. Damit will die Stiftung alljährlich darauf verweisen, daß zur Geschichte des Kommunismus die Erinnerung an die Verbrechen kommunistischer Gewaltherrschaft und das Unrecht der Diktatur gehören.

In früheren Jahren waren die Gedenkkranze am Mahnmahl für die Opfer des Stalinismus von Teilnehmern der De-

monstration immer wieder zertreten und beschädigt worden. Deshalb hatte die Stiftung die Veranstalter der Demonstration aufgefordert, den Gedenkstein vor Übergriffen zu schützen. „Wir erwarten von den Verantwortlichen der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration, daß die Erinnerung an die Opfer des Stalinismus nicht mit Füßen getreten wird“, erklärte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky. – Der Kranz der Bundesstiftung blieb in diesem Jahr unbeschädigt.

Ulrike Poppe bleibt Aufarbeitungsbeauftragte

(ia) Im Dezember 2015 hat der Brandenburger Landtag Ulrike Poppe einstimmig als Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur wieder gewählt.

Im Dezember 2009 wurde sie auf Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck einstimmig vom Parlament zum ersten Mal gewählt. Brandenburg war das letzte der neuen Bundesländer, das bis dahin noch keine Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vergleichbare Behörde besaß.

Seit inzwischen sechs Jahren ist Ulrike Poppes Amt eine wichtige Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige politisch verfolgte der SED-Diktatur, für jene, die in der Sowjetischen Besatzungszone politisch verfolgt wurden, und für die ehemaligen Heimkinder der DDR. Etwa 3300 persönliche Beratungen von Betroffenen führten sie und ihre Mitarbeiter bisher durch.

In Brandenburg herrschte großer Nachholbedarf. Politisch-historische Bildung, die Zusammenarbeit mit Opferverbänden, Aufarbeitungsinitiativen, Bildungsinstitutionen und Gedenkstätten zählen ebenfalls zu den Aufgaben. Die DDR-Bürgerrechtlerin will noch bis 2018 arbeiten.

Mehr Geld für Aufarbeitung in Sachsen

(mdr) Sachsen will die Aufarbeitung von DDR-Unrecht intensiver fördern. Wie der Justizminister des Freistaates, Sebastian Gemkow, mitteilte, stehen ab 2016 jährlich 130 000 Euro Fördermittel zur Verfügung. 2015 wurden 73 000 Euro dafür ausgegeben.

Zusätzlich zu den bislang unterstützten SED-Opferverbänden könnten jetzt auch Projekte finanziell gefördert werden. Dazu zählten gesellschaftliche Aufarbeitungsinitiativen sowie private Archive.

Ziel der Förderung ist laut Gemkow auch, die Erinnerung an das in der DDR erlittene Unrecht wachzuhalten.

In einer Mitteilung erklärte er: „Der Freistaat Sachsen leistet mit der bereits im Jahr 2011 geschaffenen Förderung von SED-Opferverbänden einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Ursachen, Geschichte und Folgen der DDR-Diktatur.“ In diesem Jahr habe man vier Opferverbände unterstützt.

DDR-Wissen nicht dem Zufall überlassen

(df) Einer Studie zufolge hält nur gut die Hälfte der 18- bis 24-Jährigen in Thüringen die DDR für einen Unrechtsstaat. Die für die DDR-Aufarbeitung zuständige Staatssekretärin in der Thüringer Staatskanzlei, Babette Winter, prüft nun gemeinsam mit dem Bildungsministerium eine mögliche Überarbeitung der Lehrpläne und Pflichtbesuche in Gedenkstätten für Lehrer.

Weil das Wissen der Schüler über die DDR bislang hauptsächlich von den Eltern geprägt werde, weniger von der Schule oder den zahlreich vorhandenen Bildungs- und Gedenkstätten, denkt die Staatsministerin auch über alternative Wege nach. Das könnten z.B. Pflichtbesuche dort sein, wenn nicht für Schüler, so doch mindestens für angehende Sozialkunde- und Geschichtslehrer. Diese sollten ein entsprechendes Modul verpflichtend in der Ausbildung erhalten, sagte Winter dem Deutschlandfunk. Das könne ein Modul an einem der Grenz Museen sein. Angebote seien genügend vorhanden. Sie wolle „auf jeden Fall mehr goldene Zügel anlegen“, d.h. mehr Verpflichtung, und es nicht dem Zufall überlassen, ob Demokratiebildung und das Lernen von DDR-Geschichte stattfinde oder nicht.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Berechnung der Grundsicherung – ein Beispiel

In der vorigen Ausgabe (9/2015, S. 4) wurden einige grundsätzliche Anmerkungen zu den Voraussetzungen und der Beantragung von Grundsicherung im Alter gemacht. Wie bereits angekündigt, zum besseren Verständnis hier das folgende Berechnungsbeispiel: Das Ehepaar M. lebt zusammen in einer

Wohnung (Kaltmiete 450 Euro, Heizkosten 50 Euro, gesamt 500 Euro). Herr M. bekommt eine Altersrente (Netto 850 Euro). Frau M. bekommt auch eine Altersrente (250 Euro). Vermögen ist nicht vorhanden. Frau M. stellt einen Antrag auf Grundsicherung.

Bedarf Frau M.		
Regelbedarfsstufe 2	360,- €	
Kostenanteil Miete/Heizung (die Hälfte von 500,- €)	<u>250,- €</u>	
Bedarf gesamt	610,- €	610,- €
Rente Frau M.	250,- €	
Anspruch auf Grundsicherung		<u>- 250,- €</u>
		360,- €
Einkommen Herr M.	850,- €	850,- €
Regelbedarfsstufe 2	360,- €	
Kostenanteil Miete/Heizung (die Hälfte von 500,- €)	<u>250,- €</u>	
Bedarf gesamt	610,- €	
Einkommen über Bedarf		<u>- 610,- €</u>
		240,- €
Anspruch auf Grundsicherung Frau M.		360,- €
Anrechenbares Einkommen d. Ehemanns Frau M. bekommt ausgezahlt		<u>- 240,- €</u>
		120,- €
Insgesamt stehen dem Ehepaar M. damit zur Verfügung:		
Rente Herr M.		850,- €
Rente Frau M.		250,- €
Ergänzende Grundsicherung		<u>120,- €</u>
		1220,- €

Der Bescheid des Sozialamtes geht nur an Frau M., Herr M. bekommt keine Grundsicherung, weil sein Einkommen über seinem Bedarf liegt. Weitere Informationen unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

50 Millionen Euro für Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter

(PM) Nachdem in seiner Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2016 am 12. November der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages 50 Millionen Euro für die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter zur Verfügung gestellt hat, schloß sich am 27.11. der Bundestag diesem Vorschlag an. Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig, und der erste Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe, Bernd Fabritius, erklärten, mit dieser Entscheidung werde ein zentrales

Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen umgesetzt.

Personen, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde Staatsgewalt während des Zweiten Weltkriegs und danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, soll ohne Anerkennung einer Rechtspflicht resp. eines Rechtsgrundes als humanitäre Geste ein symbolischer finanzieller Anerkennungsbetrag gewährt werden. Einzelheiten werden noch durch das Bundesministerium des Innern in einer Richtlinie, die der Zustimmung des

Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bedarf, geregelt.

Nachdem in den vergangenen Jahren zahlreiche von den beiden deutschen Diktaturen betroffene Opfergruppen eine Entschädigung erhalten hätten, schließe diese Entscheidung eine Gerechtigkeitslücke, sagten Brähmig und Fabritius.

Von den 50 Millionen Euro werden für 2016 20 Millionen bereitgestellt; Verpflichtungsermächtigung für 2017: 15 Millionen Euro, Verpflichtungsermächtigung für 2018: 15 Millionen Euro. 

Nord-Korea am Scheideweg

Gutinformierte Kreise glaubten bereits im letzten Herbst, daß die Führung in Pjöngjang im neuen Jahr vor einem größeren Dilemma stehen würde hinsichtlich einer atomaren Aufrüstung einerseits und der wirtschaftlichen Situation des Landes andererseits. Im Norden der Halbinsel herrschte schon 2015 ein ernsthafter Mangel an Lebensmitteln. Hinzu kamen das Ausbleiben internationaler Hilfe sowie Sanktionen gegen den Nuklear-Aufbau. Für das jetzige Jahr deuteten bereits mehrere Anzeichen auf einen noch größeren Mangel, der zu sozialen Problemen bis hin zu einem Notstand führen könnte. Die Lage, erwarteten jene Kreise, würde wahrscheinlich noch schlechter werden, als bei der Hungersnot in der Mitte der 1990er Jahre, bei der rund zwei Millionen Nordkoreaner starben. Ursache waren neben internen Mißerfolgen die internationale Isolation und auch der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991.

Eine weitere Atom-Aufrüstung und gleichzeitig eine Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards erscheinen an-

gesichts der Verhältnisse in der „Demokratischen Republik Korea“ unmöglich. Ein Weg des Regimes wäre die weitere Entwicklung seiner Nuklearwaffen mit dem Ziel, den Status einer anerkannten Atom-Macht zu erhalten – durch direkte Verhandlungen mit den USA und seine Beziehungen zu China. Washington indes hat bisher stets betont, eine derartige Anerkennung zu verweigern. Grund ist nicht zuletzt die Sorge, daß dann der Bau von Atombomben auch in Japan folgen könnte, der die Sicherheitslage in Fernost völlig verändern würde. Ob Peking jenem Status zustimmen würde, dürfte angesichts seiner Ablehnung der Atom-Politik Pjöngjangs mehr als fraglich sein.

Ein möglicher Ausweg aus dem Dilemma wäre eine Abkehr Kim Jong-uns auf dem bevorstehenden VII. Kongreß der Partei der Arbeiter Ende Mai von der Politik seines Vaters und statt dessen die Umsetzung seiner in letzter Zeit häufig dargelegten Vision von der Steigerung des Lebensniveaus seiner Untertanen. Eigentlich müßte ihn die Situation im Lande dazu zwingen:

Nord-Korea hat in diesem Jahr mit einem Lebensmittel-Defizit von rund einer Million Tonnen zu rechnen, die größte Knappheit seit Kim Jong-uns Machtantritt. Das Land benötigt als Minimum fünf Millionen Tonnen. Schon während der letzten Jahre fehlten bis zu 500 000 Tonnen. Alljährlich ging die Getreideproduktion um zehn Prozent zurück, zudem waren die Dürren 2015 die schlimmsten seit 100 Jahren in Nord-Korea. Von Jahresbeginn bis September letzten Jahres importierte Pjöngjang 38 000 Tonnen Getreide von Peking: ein Rückgang um fast ein Drittel im Vergleich zur vorangegangenen Zeit. Fehlte es an Devisen?

Nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Vereinten Nationen leiden 70 Prozent der 24,6 Millionen Nordkoreaner an Hunger. 1,8 Millionen, vor allem Kinder und Schwangere, benötigen besondere Lebensmittel-Zuwendungen, um eine Unterernährung zu vermeiden. Schon am Jahresende schrieb „The Wall Street Journal“ in New York einen längeren Artikel mit der Überschrift: „Wie Nord-Korea zur schlechtesten Wirtschaft der Welt wurde“.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Wiedervereinigung „unter allen Umständen“?

Jüngste Umfragen an südkoreanischen Universitäten über Einzelheiten der Einheit des Landes ergaben ein aufschlußreiches Bild gerade hinsichtlich der Frage, ob der Student aus dem Süden stammt oder als Flüchtling aus Nord-Korea kam.

Für die allgemeine These Seouls, die Wiedervereinigung solle so bald wie möglich erreicht werden, unabhängig von der dann zu erwartenden sehr großen Belastung der südkoreanischen Wirtschaft, sprachen sich über 53 Prozent der Flüchtlings-Studenten aus, während rund ein Drittel von ihnen „größtenteils“ zustimmte. Von den Südkoreanern waren fünf Prozent „völlig einverstanden“, knapp ein Drittel in einem großen Umfang. Mehr als jeder fünfte von ihnen

indes lehnte die These völlig ab und 44 Prozent in einem stärkeren Maße.

Unabhängig davon befürworteten 85 Prozent der einstigen Nordkoreaner die nationale Einheit „unter allen Umständen“. 13 Prozent bejahten sie generell. Bei den südkoreanischen Jung-Akademiern interessierte sich fast die Hälfte für diese Problematik, über ein Drittel zeigte Gleichgültigkeit, acht Prozent lehnten die Wiedervereinigung mit Nord-Korea ab.

Stimmten also nahezu alle Ex-Nordkoreaner „unter allen Umständen“ für die Einheit, möchten 70 Prozent der südkoreanischen Studenten erst „wohlbedachte Bedingungen“ für den Zusammenschluß abwarten. Keinen Unterschied zwischen

den Universitätsbesuchern aus dem Norden und dem Süden gab es bei der Frage eines Kollapses in der „Demokratischen Volksrepublik Korea“. Beide Gruppen hielten in einem solchen Fall eine sofortige Vereinigung für realisierbar.

Für die politische Zukunft eines wiedervereinigten Koreas wünschten sich 60 Prozent der aus Nord-Korea stammenden Studenten ein System liberaler Demokratie, bei den Studenten aus dem Südtel waren es annähernd 70 Prozent. Notwendige Kompromisse mit Pjöngjang würden annähernd 17 Prozent der Flüchtlings-Studenten eingehen, während es bei Studenten aus Südkorea rund 15 Prozent sind.

Fr.-W. Schlomann

Kubas Stasi stürmt Kinderparty

(igfm) In Palma Soriano in der Provinz Santiago de Cuba stürmten am 6. Dezember 2015 Spezialeinheiten der kubanischen Staatssicherheit ein Haus, in dem Mitglieder der oppositionellen „Patriotischen

Union Kubas“ (UNPACU) eine Feier für 40 Kinder veranstalteten. An die Kinder wurden gespendetes Spielzeug, Süßigkeiten und Getränke verteilt. Wie UNPACU-Sprecher José Daniel Ferrer der Interna-

tionalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtete, stürmten die Staatssicherheitsbeamten völlig grundlos das Haus und waren dabei „bewaffnet wie für den Krieg“. Verletzt wurde bei dem Vorfall niemand. 

Tiergestützte Interventionen

Hunde in der therapeutischen Arbeit mit politisch Traumatisierten Eine Kurzdarstellung von Bettina Kielhorn

Die Berliner Beratungsstelle Gegenwind für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur wurde 1998, nach einer fünfjährigen Projekt- und Aufbauphase von 1994 an, für Menschen eröffnet, die unter der SED-Diktatur politischer Verfolgung, Inhaftierung und psychischer Zersetzung ausgesetzt waren. Mit dem Ende der DDR wurde das Ausmaß der politischen Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen in der DDR deutlich und der Zulauf an Hilfesuchenden so groß, daß 1993 ein eigenständiges Beratungsprojekt für politisch Traumatisierte aus der DDR initiiert wurde. Damit wurde der Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland entsprochen, diese wichtige Sonderaufgabe der Öffentlichen Hand nach der Wiedervereinigung aufzugreifen und den berechtigten Forderungen nach Aufarbeitung der Folgeschäden von Staatswillkür, Verfolgung, Inhaftierung und Bespitzelung durch die DDR-Diktatur nachzukommen.

Die Angaben über die Anzahl von Menschen, die zwischen 1945 und 1989 in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR seelischer und körperlicher Mißhandlung in Zusammenhang mit politischer Verfolgung ausgesetzt waren, schwanken zwischen 170 000 bis 280 000 Menschen (vgl. Pfüller, Schwarz, 2008) und „über 300 000“ (vgl. Frommer, 2002; Freyberger, Frommer, Maercker & Steil, 2003).

Eine Reihe empirischer Studien belegen die seelischen Folgeschäden bei politisch Verfolgten in der ehemaligen DDR. (z. B. Priebe, Denis & Bauer 1996; Freyberger, Frommer, Maercker & Steil 2003). So zeigt ein Großteil der Erkrankten typische Symptome einer Posttraumatischen Belastungsstörung. Die Inhaftierten erfüllten zu 60 Prozent die Lebenszeitdiagnose einer PTSD (Maercker & Schützwohl 1997). Häufiger verwiesen wird auch auf die über Inhaftierung hinausgehenden potentiell traumatisierenden Erlebnisse unter der totalitären Herrschaft der DDR, wie Zersetzungsmaßnahmen oder andere Formen politischer Repression (vgl. Fikentscher 1997; Freyberger, Frommer, Maercker & Steil 2003, Trobisch-Lütge 2004). Das Expertengutachten im Auftrag der Konferenz der Landesbeauftragten schätzt die Anzahl der durch politische Repression in der DDR latent oder manifest psychisch beeinträchtigten bzw. gestörten Personen auf wenigstens 300 000 (Freyberger, Frommer, Maercker & Steil 2003).

Gegenwind ist bundesweit allerdings die einzige psychosoziale Einrichtung speziell für politisch Traumatisierte der ehemaligen DDR. Seit Bestehen des Beratungsangebots gab es bundesweit ca. 10 000 Beratungskontakte. Drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit psychotherapeutischen, sozialpädagogischen und psychologischen Qualifikationen bieten hier psychosoziale Begleitung und therapeutische Hilfen im Umgang mit den anhaltenden Folgen politischer Traumatisierung an. Auch Traumatisierte, die in Kinderheimen, Durchgangsheimen und bzw. oder Jugendwerkhöfen einige Zeit verbracht haben, können in die Beratungsstelle kommen. Ebenso Menschen, die von Zwangsarbeit betroffen waren. Das Angebot ist niedrigschwellig und kostenfrei, das heißt, es ist keine Überweisung durch einen Hausarzt oder Kostenübernahme durch die Krankenkassen erforderlich.

Das Angebot der Beratungsstelle umfaßt die Unterstützung in entschädigungs- bzw. versorgungsrechtlichen Fragen, psychotherapeutische Hilfen bei Folgeerkrankungen nach politischer Haft und Zersetzungsmaßnahmen, die Beratung von Angehörigen, die Initiierung von Selbsthilfegruppen und die Anleitung von Gruppen zur Verarbeitung von trau-

matischen Erlebnissen. Die Beratungsarbeit wird durch wissenschaftliche Untersuchungen und Veröffentlichungen fundiert. Des weiteren unterstützt die Beratungsstelle Einrichtungen zur Beratung ehemals politisch Verfolgter mit Weiterbildungsangeboten und Supervision. Gutachten zum medizinisch-psychologischen Nachweis von haftbedingten Gesundheitsschäden werden auf Anfrage von Versorgungsämtern oder Sozialgerichten erstellt.

Seit einiger Zeit wird in der Beratungsstelle nun auch ein Therapiehund eingesetzt. Ich habe Guilletta, Jette oder Jettchen genannt, bei dem Züchterehepaar Günther, die Riesenschnauzer sehr verantwortungsvoll züchten, aus dem G-Wurf ausgesucht – Guilletta von Ann-Chateau. Zu Hause hatten wir schon einen Riesenschnauzer, und seitdem mögen wir diese Rasse mit all ihren Merkmalen sehr. Bei Willi, dem ersten Riesenschnauzer, ist mir trotz seines stürmischen, verspielten Gemüts auch immer seine Feinfühligkeit, seine Sensibilität in schwierigen Situationen mit Menschen aufgefallen.

Ich habe dann angefangen, ihn mit in die Beratungsstelle zu nehmen. Damals war es eher Zufall, was nun zu geplanten Begegnungen geworden ist. Riesenschnauzer gehören ja nicht zu den typischen Therapiebegleithunderassen. Aber gerade traumatisierten Menschen gibt ein großer, kräftiger, souverän wirkender Hund Sicherheit, Vertrautheit, Selbstbewußtsein und Empathie. Guilletta habe ich ganz bewußt gerade eben bei der Familie Günther ausgesucht, weil es von dort schon viele Schnauzer in ähnlichen „Berufen“ gibt. Ihre Mutter Ducati von Ann-Chateau geht z. B. regelmäßig in ein Altersheim für Demenzerkrankten und bettlägerigen, pflegebedürftigen Menschen.

Jette stammt also aus einer Zuchtlinie, in der Arbeitsfähigkeit, durch und durch positiver Bezug zu Menschen und Sensibilität für bestimmte Situationen ausgeprägt und weitergegeben wurden. Die Eltern von Guilletta sind ausgesprochen ausgeglichene, wesensstarke und freundliche Hunde mit unterschiedlichen Ausbildungen und Auszeichnungen. Die Mutterhündin hat ihre Anlagen somit an ihre Nachkommen, nicht nur genetisch,



Jette im Einsatz.

sondern auch bei der Versorgung ihrer Welpen, weitergeben können. Hinzu kommen der exzellente Sachverstand und die liebevolle Fürsorge der Züchter von „Riesenschnauzer von Ann-Chateau“ mit ihren wundervoll geeigneten örtlichen Möglichkeiten. Jettchen ist mir von Anfang an aufgefallen. Wir haben sie schon in der ersten Woche besucht, und bei dem Gefühl ist es geblieben, denn ich habe sie nach Gefühl und später noch mit Beratung der Günthers ausgesucht, die das Wesen ihrer Hunde, soweit in diesem Alter möglich, einschätzen können.



Erfolgsresultat: Klient pfeift und Jette kommt.

Jette ist jetzt eine große, schlanke und sehr liebe Hündin mit vielen Fähigkeiten, die noch weiter ausgebildet und immer wieder verfestigt werden müssen. Gute Anlagen und die weitere Sozialisation der Hunde sind extrem wichtig.

Jette sowie die beiden anderen Hunde, Robin und Emma, sind Familienmitglieder. Sie leben mit uns im Haushalt. Wo wir sind, sind auch die Hunde. Sie kommen entweder mit oder bleiben in ihrer gewohnten Umgebung im Haus. Alle Hunde fahren problemlos Auto, Bahn, Bus, Straßenbahn oder U-Bahn. In der Beratungsstelle gibt es genügend Platz und viel Akzeptanz von den Kollegen und Kolleginnen, was nicht immer selbstverständlich ist. Wenn Jette in der Beratungsstelle ist, dann ist eben eine vierbeinige Kollegin mit anwesend, auf die besonders geachtet werden muß. Sie hat auch hier genügend Rückzug und regelmäßige Pausen außerhalb der Beratungsstelle, ebenso ihre festen Futter-, Trink- und Schlafplätze. Für guten Freizeitausgleich wird gesorgt.

Jette ist bei therapeutischen Einzelberatungen und bei unterschiedlichen therapeutischen Gruppenangeboten mit

dabei. Besondere Schwerpunkte sind die Folgestörungen von traumatischen Erlebnissen.

Hierzu einige Beispiele von Symptomen und der Wirkung von Hunden im therapeutischen Setting auf sie:

- Hyperarousal – Streßreduzierung, Abbau von innerer Spannung – der Cortisol-Spiegel im Menschen kann sich regulieren.
- Erschütterung des Wertesystems – Der Hund ist ehrlich und hat keine Erwartungen an das Gegenüber, ist wertfrei. Er nimmt den Menschen so wie er ist.
- Ängste, generalisiert oder auch phobisch – Der Hund vermittelt Sicherheit, Stärke, Stärkung des Ichs, Abbau von paranoiden Ideen – Realitätsüberprüfung ist im Hier und Jetzt möglich, der Hund kann als sicherer Ort fungieren, die sichere Verbindung zur hergestellten Situation ist durch sein Agieren hergestellt.
- Dissoziative Zustände – Zurückholen ins Hier und Jetzt durch Berührungen, die durch den Menschen vielleicht nicht möglich wären.
- Sozialer Rückzug – Der Hund fordert und fördert Kommunikation und Kontakte, Körperkontakt zum Hund steigert das physische und psychische Wohlbefinden; Oxytocin wird ausgeschüttet.
- Sucht – Motivation für Entgiftung und Therapie, Verlängerung der Abstinenz, Verminderung der Rückfallgefahr
- Vermeidungsverhalten – Hunde sind klar und direkt in der Kommunikation, keine Doppelbotschaften.
- Mißtrauen – Der Hund ist ehrlich und kommuniziert dies auch so.
- Nähe-Distanz – Kontakt kann über den Hund aufgenommen werden, ist individuell regelbar, Bindeglied/Brücke zwischen den Menschen.
- Assimilationsprozesse – Die Bewertung (auch die innere Bewertung des Selbst) einer Person kann dadurch steigen, daß sie sich in Begleitung eines Hundes befindet und sich damit auseinandersetzt.

- Psychosomatische Erkrankungen – Fitneß, körperliche Betätigung an der Luft und im Licht.

Herz-, Kreislaufkrankungen, Erkrankungen des Bewegungsapparates, Diabetes etc. können abgeschwächt werden. Bei Menschen mit depressiven Symptomen ist der Kontakt zum und mit dem Hund in fast allen bisher genannten Punkten hilfreich.

Jette ist aufgrund ihrer guten charakterlichen Eigenschaften in vielen Bereichen einsetzbar. Sie geht z.B. auch in eine Suchtberatungsstelle und ist dort bei einigen suchttherapeutischen Beratungen mit dabei. Auch hier gibt es guten Zugang zu den Klienten. Die Atmosphäre ist genauso wie in der Beratungsstelle „Gegenwind“ aufgelockert und entspannt. Beratungsziele können gut erreicht werden, der Zugang zu positiven



Während Dr. Trobisch-Lütge arbeitet, hält Jette ein Nickerchen.

sowie auch zu negativen Gefühlen bei den anwesenden Klienten kann über Jette besser hergestellt und somit erfaßt und sogar benannt werden. Jette ist auch hier Transmitter, sie spiegelt Situationen, und Übertragungen zu anderen Ereignissen in der Biographie werden möglich. In der Tertiärprävention sind Hunde sehr gut nutzbar, da sie auf Ver-



Willi, der erste Riesenschnauzer, mit Emma und Robin.





Fotos: B. Kielhorn

Ziemlich beste Freunde, findet der Klient.

änderungen bei Personen sehr fein reagieren. Sie melden sofort zurück, wenn etwas „nicht stimmt“, wenn es zum Beispiel zum Alkoholkonsum kam oder es Probleme mit Diabetes gibt. Ein veränderter Geruch, verändertes Verhalten, Veränderung der Persönlichkeit werden sofort wahrgenommen.

Die Feinfühligkeit und die Bezogenheit auf Menschen sind bei Guilietta Eigenschaften, die nicht trainiert werden können. Es sind Charaktermerkmale. Man kann sie nur unterstützen und herausar-

beiten, daher wird sie, wenn sie alt genug ist, als Erweiterung eine Ausbildung zum Therapiebegleithund machen. Den Eignungstest hat sie bereits bestanden.

Der Verlauf einer Sitzung mit Hund in der Beratungsstelle richtet sich nach dem Klientel und den Inhalten. Individuell wird bei jedem Kontakt zwischen Beratern und Klienten neu abgesprochen, ob Jette bei den Beratungssitzungen dabei sein wird oder nicht. Zuvor gab es eine entsprechende Anamnese, ob der Kontakt zum Tier angezeigt ist. Wenn Jette dann dabei ist, gibt es auch wieder Unterschiede: ob sie „nur“ anwesend ist oder auch aktiv Kontakt aufnimmt bzw. es zuläßt, daß mit ihr Kontakt aufgenommen werden kann. Jette hat immer ihren eigenen Platz, kann sich frei bewegen und kann selbst entscheiden.

Natürlich können bestimmte Situationen durch mich gesteuert werden. Kontakte können so intensivierter oder abgegrenzter stattfinden. Auch hier achte ich sehr auf die Körpersprache, auf das Verhalten des Hundes, welches ich dann verbalisiere und oft als Spiegelung der Situation, der Gefühle bei dem Klientel benennen kann.

In den Gruppensettings ist es ähnlich wie bei den Einzelsitzungen, Jette geht meist schon von alleine zu den Gruppenmitgliedern, die gerade Kontakt benötigen. In-

nerhalb der Gruppengespräche wie auch bei den Einzelsitzungen sitzt sie manchmal einfach nur neben den Menschen, die gerade Belastendes erzählen, das macht sie frei aus eigener Intuition heraus – dies kann nicht trainiert werden.

Über Jette gibt es oft einen guten Zugang zu den Menschen, die in die Beratungsstelle kommen. Sie schafft es, einen Vertrauensvorsprung herzustellen. Als Beispiel: Wer nett zu seinem Hund ist, ist auch nett zu mir.

Ein Kontakt kann zunächst unverbindlich über den Hund zur Beraterin aufgenommen werden, es muß nicht sofort ein Eins-zu-eins-Kontakt hergestellt werden. Nähe und Distanz können so gut mit Hilfe des Hundes reguliert werden.

Oft verbalisiere ich innerhalb des Settings Reaktionen, die ich bei dem Hund wahrnehme, und komme dann gut über Themen ins Gespräch, die die Ratsuchenden so aus unterschiedlichen Gründen vielleicht nicht angesprochen hätten, nun aber doch.

(Die Autorin ist Diplom-Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin, Familien- und Paartherapeutin, Traumatherapeutin (EMDR), HSF-Beraterin und Supervisorin sowie Fachkraft für tiergestützte Interventionen.)



Beratungsstelle Gegenwind

für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur

Bredowstraße 36
10551 Berlin-Moabit
Tel. (030) 39 87 98–11/12
Fax (030) 39 87 98–13

E-Mail
kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de
www.beratungsstelle-gegenwind.de

Ansprechpartner sind Dr. phil. Dipl.-Psych. Stefan Trobisch-Lütge, Dipl.-Soz.-Päd. Bettina Kielhorn, Dipl.-Psych. Stefanie Knorr

Die Beratungsstelle bietet an:

1. Hilfen bei entschädigungs- bzw. versorgungsrechtlichen Fragen, z.B. Anträge nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz
2. Psychotherapeutische Hilfen bei Folgeerkrankungen nach politischer Haft

und Zersetzungsmaßnahmen: soziale und psychische Stabilisierung, Unterstützung und Anleitung zur Traumaverarbeitung bei politischer Traumatisierung

3. Initiierung von Selbsthilfegruppen und Anleitung von Gruppen zur Verarbeitung traumatischer Erlebnisse
4. Supervision und Weiterbildungsangebote für Einrichtungen, die politisch Traumatisierte der SED-Diktatur beraten

Bestehende Gruppen

- Malgruppe
Unter fachkundiger Anleitung können sich interessierte Besucher auf visuelle Weise mit ihren persönlichen Erfahrungen von Haft und Verfolgung und

ihrem derzeitigen Lebensgefühl auseinandersetzen.

- Therapeutische Gesprächsgruppe
Angeleitet bearbeiten die Mitglieder der Gruppe u.a. Angsterkrankungen, psychosomatische Erkrankungen sowie Sucht- oder Zwangsproblematiken.
- Freitagsgruppe
Ziel dieser Selbsthilfegruppe mit offenem, „niederschwelligem“ Angebot ist der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Stärkung.
- Yoga- und Entspannungsgruppe
Yoga, Entspannung und Stabilisierung unter Anleitung

Termine für Einzelgespräche sowie Teilnahmemöglichkeiten an den Gruppenangeboten bitte telefonisch zu folgenden Sprechzeiten vereinbaren: Mo, Di u. Do 9.00–12.00 Uhr

Die Konkurrenz des Erinnerns

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, zum geplanten Mahnmal

Der Mauerfall ist 26 Jahre her. Wie viele weitere Jahre wird es dauern, bis ein zentrales Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Berlin stehen wird?

Ich hoffe, daß der Deutsche Bundestag noch in der laufenden Wahlperiode bis 2017 einen Errichtungsbeschluß verabschiedet wird.

...um danach einen Wettbewerb ins Leben zu rufen und lange Diskussionen über den Standort zu führen?

Das Gesetz wird beinhalten, daß ein Mahnmal errichtet werden soll, wieviel Haushaltsmittel bereitgestellt werden und wie das weitere Verfahren sein wird.

Bis zum 30. Mauerfall-Jubiläum wird das eher knapp.

Das kann ich nicht beurteilen. Entscheidend ist, daß sich der Bundestag im Oktober für ein Mahnmal ausgesprochen hat. Das ist ein großer Fortschritt. Nun muß Butter bei die Fische kommen, indem sich der Bundestag nicht nur zur Sache eines Mahnmals, sondern auch zu den Kosten bekennt.

Im Beschluß der Regierungskoalition heißt es lediglich, daß eine anstehende Initiative zur Errichtung eines Mahnmals vorzubereiten und zu begleiten sein wird. Das klingt halbherzig.

Mahnmale entstehen immer aus Initiativen heraus, nicht direkt aus dem Parlament. Das war beim Holocaust-Mahnmal nicht anders.

Seit 2005, der Einweihung des Holocaust-Mahnmals, sind in Berlin eine ganze Reihe Gedenkstätten für einzelne Opfergruppen des NS-Regimes entstanden. Warum tut sich die Politik mit

einem Mahnmal für Kommunismusopfer so schwer?

Aufarbeitung ist dann am schwierigsten, wenn die Betroffenen, Opfer und Täter, noch leben. Beide Seiten tun sich dann schwer, weil noch erlebte oder noch stattfindende Zeitgeschichte dokumentiert werden soll. Das ist wesentlich streitbefangener, als am Volkstrauertag auf den Friedhöfen der Opfer des Zweiten Weltkrieges zu gedenken.

Wenn wir über ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sprechen, dann leben viele von denen, die Unrecht begangen haben, und auch deren Opfer zum Glück noch.

Das macht die Sache zwar menschlich gesehen schwerer, aber es ändert nichts daran: Jetzt ist der Bundestag gefordert, etwas zu tun und nicht abzuwarten, bis wir alle tot sind.

War die Aufarbeitung der DDR-Diktatur in den vergangenen 25 Jahren zu stark auf die Täter konzentriert?

Das resultiert aus unserem Rechtsstaatsdenken. Den Tätern, etwa den Stasi-Leuten, ehemaligen Funktionsträgern, wurde unter dem Gesichtspunkt, auch die müssen sich integrieren können, sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt. Ich will das gar nicht verurteilen, aber es ist eben nicht in dem gleichen Maße den Opfern Aufmerksamkeit zuteil geworden.

Auch bei gewöhnlichen schweren Straftaten hat der Verurteilte einen geregelten Anspruch auf Hilfe, etwa durch Psychologen und Sozialarbeiter. Für die Opfer ist der private Verein Weißer Ring zuständig. Das ist ein rechtsstaatliches Defizit.

Kritiker warnen vor einer Konkurrenz des Erinnerns bei immer mehr Mahnmalen im Berliner Regierungsviertel, andere wollen lieber ein Denkmal als ein Mahnmal.

Wir leben in einem freien Land, und jedes Bedenken, das vorgetragen wird, ist zulässig. Und ob das am Ende Mahnmal oder Denkmal heißt, ist mir persönlich egal.

Es geht darum, daß die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft einen legitimen Anspruch haben, daß auch ihrer ge-



Dieter Dombrowski: „Jetzt ist der Bundestag gefordert.“

dacht wird. Natürlich gibt es eine Art Konkurrenz zwischen einzelnen Opfergruppen. Aber es sind alle Opfer, und jede Gruppe hat es verdient, daß man ihr öffentlich Respekt zollt. Berlin ist groß, es wird auch in der City ein Platz zu finden sein.

Sie saßen wegen versuchter Republikflucht im Gefängnis. Wer zählt zu den Opfern, die das Mahnmal repräsentiert?

Die Zielgruppe sind nicht nur diejenigen, die in Haft waren oder zu Tode gekommen sind. Weil die Wirkungen des SED-Unrechts so vielfältig waren, werden mit dem Mahnmal ganz viele Menschen angesprochen, bis hin zu denen, die nicht studieren konnten, weil sie gegen den Strich gebürstet waren.

In dem Errichtungsbeschluß wird es sicher nicht zu einer Definition kommen, nach der Opfer nur war, wer an der Grenze erschossen wurde oder mindestens 20 Monate im Gefängnis gesessen hat.

In Thüringen hat sich ein linker Ministerpräsident der Aufarbeitung des DDR-Unrechts verschrieben. Welche Bedeutung hat das für Ihre Arbeit?

Natürlich freuen wir uns darüber, daß er die Aufarbeitung zur Chefsache erklärt hat. Aber ich zitiere frei aus der Bibel: Nicht an ihren Worten, an ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

Sie fordern von Bodo Ramelow die Unterstützung für ein Zentrales Mahnmal?

Ja. Ich vermute, wenn ihm das Thema Unrechtsstaat so wichtig ist, wie er sagt, dann wird es ihm eine Herzensangelegenheit sein, unser Anliegen zu unterstützen.

(Das Interview führte Axel Fick; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der ThüringerAllgemeinen.)



Foto: N. Radlitz

Wasserzelle – Entwurf für ein Mahnmal von Robert Maximilian Sand und Isabella Mugavero, studentische Arbeit 2015 an der TU Darmstadt.

Glücksbringer in Sachsenhausen

Im Sommer 1948 bekamen wir Strafgefangenen Hafterleichterungen. Die Baracken im Lager Sachsenhausen wurden tagsüber aufgeschlossen, und dadurch hatten wir gewisse „Freiheiten“. Auf dem Barackenhof durfte man sich ohne Aufsicht frei bewegen, und Ideen wurden in die Tat umgesetzt. Es wurde mit Naturfarben (Blattgrün) gemalt, mit gezogenen Stofffäden gestickt und gestrickt.

Ab Sommer 1948 gab es Marmelade und Zucker, die in kleinen Aluminiumbechern verteilt wurden. Ich habe diese lager-eigenen Becher zweckentfremdet und mir daraus drei Talismane gebastelt. Mit einem blauen Stahlnagel und einem Stein

bearbeitete ich den Becher so lange, bis ich drei kleine flache Platten hatte. Nun konnte ich meine Talismane – Kreuz für Glaube, Herz für Liebe und Anker für Hoffnung – herstellen. Durch alle Filzungen hindurch konnte ich diese drei Glücksbringer, die ich heute noch habe, retten.

In der Strafanstalt Untermaßfeld lernte ich Stenographie. Im Sommer 1950 wurden die Zellen renoviert, und wir Häftlinge wurden während dieser Zeit auf dem Dachboden untergebracht. Das Dach war mit Schieferplatten gedeckt. Aus dem geöffneten Dachfenster heraus konnte man Platten lösen, und das taten wir Jungen. Aus einer solchen Platte konnte man

Schieferscherben brechen, und schon hatte man einen spitzen Stift. Nun ließ sich durch Kratzen mit der spitzen Scherbe schreiben. Ein Mithäftling, der von seiner Berufsschule her Kurzschrift beherrschte, hatte die Idee, mir hier oben auf dem Gefängnisdachboden auf diese Weise Stenographie beizubringen.

Nach meiner Haftentlassung habe ich noch einmal die Schulbank gedrückt: Abendgymnasium und Berufsschule. Anfang der 1950er Jahre wurde im Büro noch stenographiert und deshalb auch an der Schule gelehrt. Ich habe so meine Fähigkeiten erweitert und mache noch heute Gebrauch von der Kurzschrift aus Untermaßfeld.

Karl-Heinz Justin, Bensheim

Englisch kann man immer gebrauchen

Wegen eines Fluchtversuches aus der DDR saß ich nach meiner Verurteilung von November 1985 bis Mai 1986 als 19-Jähriger im Frauengefängnis der Haftanstalt Bautzen II. Eine Mitgefangene, Gabi Z., war von Beruf Lehrerin, unter anderem auch Englischlehrerin.

Samstag nachmittags ließen Gabi, ein paar Mitgefangene und ich uns häufig in den kleinen Aufenthaltsraum der Haft-

anstalt, der gleichzeitig als Bibliothek diente, für ca. zwei Stunden einschließen, und Gabi erteilte uns Englischunterricht.

Es war nicht viel, was wir in dieser kurzen Zeit lernten, aber es war ein kleiner Versuch, die Zeit sinnvoll zu nutzen. Englisch, dachten wir, kann man immer gebrauchen, vor allem, wenn man später im Westen leben will. An diese Samstag-nachmittage erinnere ich mich gerne zu-

rück, weil wir geistig ein wenig gefordert wurden und etwas Abwechslung in den Alltag kam.

Zwei Jahre später, als ich in München auf dem Zweiten Bildungsweg mein Abitur nachholte und wieder Englischunterricht hatte, merkte ich leider, wie wenig es war, was wir da in Bautzen II gelernt hatten.

Beate Uhlig, München

Verkehrsunterricht hinter Gittern

Von 1965 bis 1968 war ich 18 Monate wegen Wehrdienstverweigerung in der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen im damaligen Bezirk Rostock inhaftiert. Dort habe ich mir in der Gefängnisbibliothek Bücher ausgeliehen und mich mit Elektrotechnik befaßt. Für den privaten Bereich entwickelte ich mir eine automatische Haustelefonanlage für fünf Teilnehmer. Bei einer Zellenkontrolle wurden allerdings die Schaltungsunterlagen für

immer eingezogen. Meine Zellenkameraden versuchten ebenfalls, sich mit Büchern in ihrem erlernten Beruf weiterzubilden. Das Bücherangebot in der Bibliothek war sehr bescheiden. Ich kann bestätigen, daß einzelne Häftlinge sich mit Marxismus und Leninismus beschäftigten, um das Wachpersonal, die „Erzieher“, bei Versammlungen in Erklärungsnot zu bringen. Von der Anstaltsleitung angeboten wurden ein Deutschunterricht

sowie eine nur theoretische Ausbildung, mit Abschluß für Rinderzüchter. Diese Lehrgänge wurden von den Mithäftlingen gern besucht. Ungefähr acht Wochen vor dem Entlassungstermin konnte man in Bützow-Dreibergen die Straßenverkehrsordnung und weiteres Schulungsmaterial erhalten. Auch ein Angehöriger der Verkehrspolizei erschien in der Haftanstalt und erteilte Verkehrsunterricht.

Klaus Habenicht, Werdau

Steno in Bautzen

Von November 1946 bis Mai 1948 war ich in Bautzen inhaftiert. Auf Saal 4 saßen illegal kleine Gruppen zusammen und vertrieben sich die Zeit mit Diskussionen. Lehrer unter den Mitgefangenen fanden sich bereit, Interessierte zu lehren. So der mecklenburgische Prof. Priester Allgemeinwissen, Lehrer Artur Dürichen aus dem Erzgebirge Kultur, Kunst und Musik, der akademische Landwirt Heinz Leuschner und ein Stenographie-Lehrer

aus Sachsen ihre jeweiligen Fachgebiete. Etwa 1947 wurden wir plötzlich mehrmals zum Rundgang auf den Hof geführt. (Es begannen die Rußlandtransporte.)

Bei dieser Gelegenheit hob ich, ohne vom Posten gesehen zu werden, ein Schieferdreieck mit Kantenlängen von fünf Zentimetern auf. Auf diesem kleinen Schieferstück hat mir der Stenographie-Lehrer dann die Kurzschrift beigebracht.

Später in Sachsenhausen besorgte ich mir von Lagerarbeitern Zementsäcke, machte Hefte daraus, erschachtete mir Bleiminen und schrieb die Vokabeln auf. Ich schreibe noch heute Stenographie zum täglichen Privatgebrauch. 1950 wurde ich nach Torgau ins Fort Zinna verlegt. Dort wurde uns alles außer Unterwäsche, Hemd, Hose und Jacke weggenommen. Nun saßen wir wieder auf Zelle und der Knastkoller begann von neuem.

Hans Semmler, Plothen

Ort der Versöhnung

Menschenrechtszentrum Cottbus erhielt Nagelkreuz

Am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, wurde im Rahmen eines feierlichen Gottesdienstes dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. (MRZ) das Nagelkreuz von Dr. Sarah Hills aus Coventry verliehen. Damit wurde das MRZ in das weltweite Versöhnungsnetzwerk der Nagelkreuz-

gemeinschaft aufgenommen, um im Geiste der Kathedrale von Coventry die Wunden der Geschichte zu heilen, mit Differenzen leben zu lernen und Vielfalt zu feiern sowie an einer Kultur des Friedens zu arbeiten.

Im Sommer 2015 hat sich der Verein – nach einer Pilgrimage in Coventry – entschieden, ein Ort des Versöhnungshandelns im Sinne der Nagelkreuzgemeinschaft zu werden. Der Leitungskreis der Nagelkreuzgemeinschaft in Deutschland e.V. hat im Oktober den Antrag gegenüber der Kathedrale von Coventry einhellig befürwortet. Gerade in der von Propst Richard Howard offen gehaltenen Bitte „Vater vergib“ wird deutlich: Konflikte werden stets von vielen Seiten verursacht und Vergebung muß sich dementsprechend auch zwischen diesen Seiten ereignen. „Aber ist Vergebung nach all diesen Verletzungen möglich?“, fragt Pfarrer Christoph Polster, Vorstandsmitglied des Menschenrechtszentrums Cottbus, der die zahlreichen ehemaligen politischen Häftlinge von Cottbus und andere zumeist traumatisierte Opfer des SED-Unrechts im Blick hat.

Konfrontiert mit dem Versöhnungsbemühen der weltweiten Nagelkreuzgemeinschaft wird jeder gestärkt, der sich auf den Weg zur Versöhnung aufmachen will und sich um einen Täter-Opfer-Ausgleich angesichts andauernder Diktaturerfahrungen müht. All das wird immer wieder Rückschläge erleiden und neues Aufbrechen alter Wunden erfordern, unendlich viel Kraft kosten und der ständigen Ermunterung bedürfen.

Die Nagelkreuzverleihung erfolgte in der ehemaligen Pentacon-Halle des einstigen Gefängnisses – dem Ort, in dem Tausende von Häftlingen unter schweren und gefährlichen Arbeitsbedingungen unter Zwang arbeiten mußten. Die Predigt im Gottesdienst hielt der Bischof der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg – Schlesische Oberlausitz, Dr. Markus



Bei der Nagelkreuzverleihung: (v.l.) Oberkirchenrat Dr. Oliver Schuegraf, Vorsitzender der Deutschen Nagelkreuzgemeinschaft, Dr. Sarah Hills, Canon for Reconciliation (Beauftragte für Versöhnung) bei der Kathedrale von Coventry, Sylvia Wähling, Geschäftsführende Vorsitzende des MRZ, und Dieter Dombrowski, Vorstandsvorsitzender des MRZ.

Dröge. Zahlreiche ehemalige Häftlinge des Zuchthauses Cottbus, aber auch viele interessierte Bürger – ebenso nicht konfessionell gebundene wie gläubige – sind der Einladung zu diesem sehr bewegenden Gottesdienst gefolgt. Am Ende des Gottesdienstes überreichte das Menschenrechtszentrum Cottbus als neues Nagelkreuzzentrum dem ehemaligen Stadtpräsidenten von Oświęcim (bekannt als Auschwitz), Janusz Marszałek, einen Friedensstein als Solidaritätsakt für den Bau eines Friedenszentrums in der Nähe der Gedenkstätte in Oświęcim.

Das Nagelkreuz bekam seinen Platz im heutigen Versammlungssaal, dem früheren Kinosaal des Zuchthauses, wo früher auch der Gottesdienst für die Häftlinge abgehalten wurde. An diesem symbolträchtigen Ort werden zukünftig die Versöhnungsgebete stattfinden.

Sylvia Wähling

Reichsbahn und DDR-Zwangsarbeit

Studie über Häftlingszwangsarbeit bei der Reichsbahn erscheint demnächst

Die von der Deutschen Bahn AG beauftragte Studie zur Häftlingszwangsarbeit für die Deutsche Reichsbahn in der DDR wird Anfang März erscheinen. Das Buch der Autoren Christopher Kopper, Jan-Henrik Peters, Susanne Kill: „Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR. Häftlingszwangsarbeit und Gefangenentransporte in der SED-Diktatur“, erscheint im Klartext-Verlag. Der Ter-

min der öffentlichen Buchvorstellung steht noch nicht fest. Wir werden jedoch rechtzeitig darüber informieren.

Allen Zeitzeugen, die uns unterstützt haben, sei hier schon einmal der herzliche Dank der Autoren ausgesprochen. Sie waren uns eine große Hilfe.

Susanne Kill

Die UOKG schlägt der Deutschen Bahn vor, zur Buchvorstellung auch ehemalige politische Häftlinge einzuladen, die bei der Deutschen Reichsbahn Zwangsarbeit leisten mußten. Betroffene, die eine Einladung erhalten möchten, wenden sich bitte an den Beauftragten der UOKG zur Aufarbeitung der DDR-Zwangsarbeit, Dr. Christian Sächse, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 720, Tel. (030) 55 77 96 21.



Segnung des Nagelkreuzes in der Kathedrale von Coventry, bevor es nach Deutschland gebracht wurde.

Neue Kontakte

Die UOKG als Aussteller auf dem Bundesparteitag der CDU

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) hat sich für 2016 viel vorgenommen. Besonders wichtig ist nach wie vor eine kontinuierliche Kommunikation mit der Politik. Deshalb bleibt es ein großes Ziel, gerade die aktiven Politiker der Bundesregierung zu mobilisieren, sich für unsere Ziele verstärkt einzusetzen. Aus diesem Grund haben wir im letzten Jahr versucht, an sämtlichen Parteitag der im Bundestag vertretenen Parteien teilzunehmen. Geglückt ist uns dies zunächst beim Bundesparteitag der CDU am 14. und 15. Dezember 2015 in Karlsruhe.

Wir bekamen die Möglichkeit, uns durch einen Informationsstand den rund 1000 Delegierten zu präsentieren. Dort boten wir nicht nur zahlreiche Broschüren der UOKG an, sondern ebenso Informationsmaterial einiger Mitgliedsverbände. Neben dem Betreuen des Informationsstandes war es uns ein besonderes Anliegen, direkt auf die Delegierten zuzugehen und sie von unseren Zielen zu überzeugen. Wir haben uns deshalb unmittelbar vor dem Plenarsaal positioniert, um die Anwesenden anzusprechen und auf uns aufmerksam zu machen. Wir verteilten eine Vielzahl der aktuellen Ausgabe des „Stacheldrahts“. Dieser wurde zumeist interessiert entgegengenommen. Dennoch gab es auch Delegierte, die unter Hinweis auf aktuell bestehende Probleme keinerlei Interesse zeigten. Im Hinblick darauf, daß viele Opfer des DDR-Regimes Teil unserer heute bestehenden Gesellschaft sind, fragt man sich allerdings, wie die Aufarbeitung und Interessenvertretung an Bedeutsamkeit verloren haben kann. Die Ablehnung uns gegenüber nehmen wir jedoch als Anreiz, verstärkt die Aktualität der notwendigen Aufarbeitung hervorzuheben und auf uns und besonders die bisher noch vollständig unberücksichtigten Opfergruppen aufmerksam zu machen.

Der Bundesparteitag war gleichwohl weit- aus mehr von Anerkennung als von Ablehnung geprägt. Unter anderem durften wir Prof. Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, an unserem Informationsstand begrüßen, und es fand ein reger Austausch, besonders über das zentrale Mahnmal, statt. Prof. Monika Grütters wird auch in Zukunft hinter den Zielen der UOKG stehen. Daneben besuchten uns unter anderem Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert und Frank Henkel, Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport in Berlin. Auch diese äußerten Anerkennung und Zuspruch für unsere Arbeit und unsere Ziele.

Unser Bundesvorsitzender, Dieter Dombrowski, betonte in seiner Rede während des Bundesparteitages die enorme Bedeutung von Aufarbeitung und wies auf bestehende Ungerechtigkeiten im Hinblick auf die Entschädigungsregelungen für Opfer des DDR-Regimes hin.

Als Fazit läßt sich feststellen, daß diese Veranstaltung es uns ermöglichte, auch überregionale Kontakte zu knüpfen und Aufmerksamkeit auf Bundesebene zu erreichen. Für 2016 wünschen wir uns, daß noch mehr und tiefgreifende Kontakte bei derartigen und anderen Veranstaltungen entstehen. Wir schaffen das!

Martha Wedra



Foto: M. Wedra
Am Stand der UOKG: (v.l.): Dieter Dombrowski, Monika Grütters, Anita Goßler, Katrin Behr, Ernst-Otto Schönemann und Martha Wedra.

Von Altersweisheit keine Spur

Interview mit Margot Honecker in Chile

Alle Jahre wieder taucht die abgetakelte SED-Kommunistin Margot Honecker, die am 17. April 2016 ihren 89. Geburtstag feiert, aus der politischen Versenkung in Santiago de Chile auf, wohin sie vor ihrer Verhaftung 1990 aus dem wiedervereinigten Deutschland geflohen ist, und verkündet abgedroschene Weisheiten über den Mauerfall 1989 und den Untergang des SED-Staats, die keiner hören will. Nun hat sie im Oktober 2015 zwei griechischen Nachrichtenagenturen ein Interview gegeben, das die einstige FDJ-Zeitung Junge Welt, die sich für keine Dummheit zu schade ist, am 11. November nachgedruckt hat.

Nicht die DDR-Regierung war schuld an ihrem Untergang, so lesen wir, sondern die Amerikaner, die die friedliebende Sowjetunion „totrügen“ wollten bis zur „Preisgabe aller sowjetischen Errungenschaften“. Niemand, auch die Op-

positionellen nicht (die es doch offiziell überhaupt nicht gab!), hätten für die Abschaffung der DDR demonstriert im Herbst 1989, sondern der „deutsche Imperialismus“ sah damals seine Stunde gekommen und lockte mit der „glitzernden Warenwelt des Kapitalismus“. Nun wissen wir es aus höchstoffiziellem Mund: Der böse Imperialismus hat dem DDR-Sozialismus den Garaus gemacht, obwohl 17 Millionen DDR-Bürger ihren geliebten Staat gerne behalten hätten!

Als sie gefragt wird, ob sie noch bekennende Kommunistin sei, antwortet sie, der „Marxismus-Leninismus“, dem sie noch immer huldigt, sei „eine Methode, die Welt zu erkennen, zu begreifen, nach welchen Gesetzen sie sich bewegt, damit man sich in dieser Welt orientieren kann.“ In ihrem Fall allerdings scheint diese „Methode, die Welt zu erkennen“, versagt zu haben, sonst hätte sie wissen

müssen, daß diese Gesellschaftsordnung, in der sie als Ministerin für Volksbildung und Mitglied des Politbüros gelebt hat wie die Made im Speck, dem Untergang geweiht war. Hatte sie nicht allen DDR-Schülern eintrichtern lassen, daß sich die Geschichte „gesetzmäßig“ in Richtung Sozialismus entwickelt? Nach der Urgesellschaft kommt die antike Sklavenhaltergesellschaft, die vom mittelalterlichen Feudalismus abgelöst wird. Danach kommen Kapitalismus und Bürgertum, in dessen Schoß sich die „Arbeiterklasse“ entwickelt. Die aber macht eine Revolution und schafft die „klassenlose Gesellschaft“, was nicht mehr rückgängig zu machen ist, weil das „konterrevolutionär“ und „reaktionär“ wäre.

Und dann fiel die Mauer in Berlin, und der „Kapitalismus“ kam zurück. Für überzeugte Kommunisten wie Margot Honecker läuft nun die Geschichte rückwärts. Und sie sitzt in ihrer chilenischen Wohnung und hadert mit dem Weltgeist.

Jörg Bernhard Bilke

Eine Erfolgsgeschichte

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus feierte 25. Gründungsjubiläum

Am 4. Dezember 2015 lud die Gedenkbibliothek zum Festakt ins Berliner Rote Rathaus ein. Die Erste Vorsitzende des Vereinsvorstands, Ursula Popiolek, hatte gleich zu Beginn allen Grund zur Freude: Die 120 aufgestellten Stühle im Louise-

mentvolle Vorstandsvorsitzende von den Anfängen am Hausvogteiplatz mit einem Bestand von knapp 2000 Bänden, der bis zum heutigen Tag – inzwischen im Nikolaiviertel – auf weit über 12 500 Bände gewachsen ist.

zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie stellte die Bedeutung der Gedenkbibliothek mit ihrem einzigartigen Fundus vor allem auch für die Wissenschaft in den Vordergrund. Zudem verwies sie auf die besonderen Herausforderungen für die nächsten beiden Jahre im Hinblick auf 2017. Dann heiße es: „100 Jahre Kommunismus“.

Grundstock der Sammlung waren einst Wolfgang Leonhards „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ (für die DDR hergestellt, mit einem Tarneinband „Entscheidungen des Obersten Gerichts der DDR“), Sol-schenizyns „Archipel Gulag“ und Jewgenia Ginsburgs „Marschroute eines Lebens“.

Dritter und letzter Festredner war Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Sein Vortrag war ganz der politischen Bildung gewidmet. Pöttering appellierte besonders an die jungen Menschen, sich zu engagieren und mit dem Thema auseinanderzusetzen, damit verhindert werden könne, daß Deutschland je wieder in eine Diktatur abrutsche.

Die Zeit seit der Gründung vor 25 Jahren brachte oft viel Schweiß und Tränen mit sich, doch durch die unermüdliche Arbeit und das Durchhaltevermögen Ursula Popioleks und ihres Bibliotheksleiters Thomas Dahnert hat sich die Gedenkbibliothek trotz aller Widrigkeiten sehr erfolgreich entwickelt. So konnte die Vorstandsvorsitzende stolz und pünktlich zum Festakt den Jubiläumssalmanach mit Rezensionen über die mehr als 400 Vorträge, die seit Bestehen der Gedenkbibliothek dort gehalten wurden, präsentieren.

Der feierliche Abend wurde von den Geschwistern Leila, Mala und Alam Faust sowie Christine Ehrlich musikalisch begleitet. Er endete mit der Eröffnung der, unter Projektleitung Fanna Kolarova erstellten, Ausstellung „Der Eiserne Vorhang – Bulgarien“.

Als nächste sprach Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung

Benjamin Baumgart



Ursula Popiolek und Thomas Dahnert mit dem Jubiläumssalmanach.

Schroeder-Saal reichten nicht, um alle interessierten Besucher unterzubringen, so daß für Nachschub gesorgt werden mußte.

Zunächst ergriff Ursula Popiolek selbst das Wort. Unter dem Motto der Gedenkbibliothek „Erinnern und Lesen statt Vergessen“ erzählte die wie immer tempera-

„Helfende Hände“

Zu einer interessanten Veranstaltung im Museum für Hamburgische Geschichte hatte am 10. November 2015 die Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg eingeladen. Über das Thema „Zersetzung an der Alster – Die Stasi und das Hilfswerk der Helfende Hände Hamburg e.V.“ referierte Dr. Volker Höffer von der BStU-Außenstelle Rostock.

linge sowie deren Familien mit Paketen aus dem Westen zu versorgen, Flüchtlinge aus der DDR zu schleusen und bei ihrem Start im Westen zu unterstützen, ein Dorn im Auge. Der Verein verfügte über ein ausgeklügeltes Netzwerk in der DDR und in Ost-Berlin.

Dora Fritzen, eine Hamburger Reedersfrau, gründete den Verein. Er wurde unterstützt durch staatliche Zuwendungen und private Spenden. Insgesamt sollen 1,2 Millionen Pakete auf diese Weise, mit Privatabsendern, in die DDR geschickt worden sein. Bis etwa 1960 gelang es, konspirativ zu arbeiten, dann aber observierte und zersetzte die Stasi diese „revanchistische Feindesorganisation“, indem sie IM einschleuste, Dora Fritzens privates Umfeld ausspähte und sie u.a. durch anonyme Anrufe bedrohte. IM-Berichte wurden auch schon mal erfunden. Ein wichtiges Ziel war vor allem, der Adreßdatei habhaft zu werden, das gelang jedoch nicht.

Der DDR-Zoll kontrollierte systematisch, verglich Handschriften der Adreßaufkleber, durchleuchtete und öffnete ankommende Pakete. So geriet man an die Adressaten. Diese wurden dann mit Drohungen dazu erpreßt, die Pakete zurückzuweisen. Der Inhalt kam mitunter einem DDR-Spezial-Laden zugute, in dem bestimmte verdiente Staatsangehörige einkaufen konnten. Fast schon kurios: Ein „Empfänger“, der das für ihn bestimmte Paket nie erhielt, bekam dafür aus dem Bruderland Kuba das Dankeschreiben für ein schönes Paket. Da hatte man wohl bei der Prüfung geschlampt.

1985 hat der Verein nach Kenntnissen des MfS aufgrund des Gesundheitszustandes der Gründerin und wegen angeblich mangelnder Unterstützung seine Arbeit eingestellt. Laut Dr. Höffer erhielt Dora Fritzen das Bundesverdienstkreuz in drei Stufen verliehen. Das muß die Stasi ungeheuer gewurmt haben.

Sybille Krägel



Bei der Postzollfahndung des MfS wurden zahlreiche Pakete geöffnet, kontrolliert und fotografiert.

Von 1951 bis 1985 gab es in Hamburg die private Häftlingshilfs-Organisation „Hilfswerk der Helfenden Hände Hamburg e.V.“, die vom MfS in jahrelanger Störtätigkeit zersetzt wurde. Der Staatssicherheit war diese Organisation, deren Anliegen es war, politische Häft-

Auszeichnung

(PM) Für seine Verdienste um die Aufarbeitung der politischen Verfolgung in der früheren DDR ist Dr. Peter Moeller aus Leinfelden-Echterdingen mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Im Namen von Bundespräsident Joachim Gauck überreichte ihm am 29. September 2015 der baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid das Verdienstkreuz am Bande.

„Unsere Demokratie braucht Menschen wie Dr. Peter Moeller, die gegen das Vergessen angehen und immer wieder daran erinnern, wie fragil jene Freiheit und Gerechtigkeit sind, die wir als völlig selbstverständlich erachten“, sagte der Minister.

Schmid wies vor allem auf das Engagement Moellers im Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) hin, dessen Vorsitzender er auch sei. Mit dem Verband organisiert er Seminare zur politischen

Bildung, treibe die Veröffentlichungsreihe „Dokumente gegen das Vergessen“ voran und arbeite aktiv mit dem jeweiligen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Darüber hinaus habe er zahlreiche Vorträge und Gedenkrede gehalten, Schülerinnen und Schüler informiert und sei in Fernsehproduktionen als Zeitzeuge aufgetreten.

Moeller, der 1931 in Güstrow geboren wurde, hatte in der DDR sechs Jahre in Haft verbracht. Er war verhaftet worden, nachdem er vor den ersten Volkskammerwahlen 1950 gemeinsam mit anderen Schülern Plakate mit der Aufschrift „Einheit durch freie Wahlen in Ost und West“ geklebt hatte. Gegen Moeller und sieben weitere Jugendliche wurde ein Schauprozess geführt, 15 Jahre Zuchthaus lautete das Urteil. Wenige Wochen nach seiner vorzeitigen Entlassung floh er in den Westen.

In West-Berlin studierte er Chemie, er promovierte und arbeitete von Ende der

1960er Jahre bis 1974 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Stuttgart-Hohenheim. Anschließend wechselte er als Lehrer an das Eduard-Spranger-Gymnasium in Filderstadt. Dort unterrichtete er bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1996. 1992 wurde er vom Landgericht Schwerin rehabilitiert.

„Die junge Generation, die die jahrzehntelange Teilung unseres Landes nicht erlebt hat, empfindet das geeinte Deutschland als eine Selbstverständlichkeit“, stellte Minister Schmid fest. „Damit drohen Erinnerungen der deutsch-deutschen Geschichte in Vergessenheit zu geraten, die es auch gab: Erinnerungen an Unterdrückung, Verfolgung und Unfreiheit.“

Das mache Mahner wie Dr. Peter Moeller und dessen Einsatz so wichtig: „Er hat sich der Aufgabe des Erinnerns verschrieben. Mit seiner Arbeit sorgt er dafür, daß Vergessen verhindert und Aufarbeitung möglich wurde.“

Herzlichen Glückwunsch!



Leserbrief

Mehr Gerechtigkeit durch Einzelfallprüfung

*Anmerkungen zum Editorial
in Ausg. 9/2015*

Dieter Dombrowski schreibt, der Staat bzw. der Rechtsstaat habe die allermeisten Fälle von politisch Verurteilten des SED-Unrechtsstaates DDR durch das Gericht, das für die Verurteilung zuständig war, als „rechtsstaatswidrig“ wieder aufgehoben. Der Staat bzw. der Rechtsstaat habe damit für Recht gesorgt.

Er schreibt weiter, daß bei vielen Opfern des SED-Unrechts zu Recht oder Unrecht (ich meine, zu Recht) der Eindruck entsteht, daß der Staat den Tätern mehr Zuwendung zukommen läßt als den Opfern. Und er erklärt auch, daß dieser Umstand im bundesrepublikanischen demokratischen Rechtssystem begründet ist. Und hier liegt die Crux. Täter erhalten Resozialisierungspläne unterschiedlichster Art zur Rückkehr in die Gesellschaft, und für die Opfer gibt es wenige bis keine staatlichen Hilfen.

„Dieses System überträgt sich leider auch auf die Opfer des staatlich organisierten SED-Unrechts.“ Herr Dombrowski sagt „leider“. Meiner Meinung nach dürfte es

aber kein „leider“ geben. Denn das SED-Unrecht geschah in einem anderen politischen System, in einer Diktatur. „Leider“ heißt für mich, Opfer einer Diktatur ist gleich Opfer einer Demokratie. Es gibt keinen Unterschied. Das ist Diskriminierung im heutigen Rechtssystem.

Für die ehemals Verurteilten der DDR-Diktatur müßte es eine saubere Lösung geben, eine Sonderregelung mit Einzelfallprüfungen. Das wäre zwar mühsam, aber für die 250 000 politischen Häftlinge gerecht, und es würde helfen, ihre Würde wiederherzustellen.

So, wie die jetzige Regelung ist, besteht eine Fortführung der Stigmatisierung der Opfer des staatlich organisierten SED-Unrechts. Es erfolgt eine Retraumatisierung bei ihnen. Sie stecken in einer Falle, aus der sie zeitlebens nicht herauskommen. Sie werden in psychischem Dauerstreß gehalten. Hoher Blutdruck ist die Folge, um nur einen gesundheitlichen Schaden zu nennen.

Für die Verbesserung der Situation der politischen Häftlinge könnte ich mir die o.g. Sonderregelung mit Einzelfallprü-

fungen unter Einbeziehung professioneller Hilfe von Psychologen vorstellen. Das wäre gerecht.

Dieter Dombrowski schreibt von hunderttausendfachen Opfern des SED-Unrechts. Diese Opfer müßten wie die Gruppe der Verurteilten in weitere Fallgruppen gegliedert werden. Sie waren nicht inhaftiert, aber ebenfalls durch staatliche Eingriffe in ihrem Leben aus der Bahn geworfen (Menschen, die nicht studieren konnten, die nicht kreativ sein durften, die Opfer von Zwangsadoptionen und Kinderheimen wurden, die Enteigneten, die, die an der Trennung von Familien zerbrochen sind und viele mehr.) Ich denke weiterhin aber auch an die Ausreisearbeitgeber und die, deren Flucht erfolgreich war und noch viele mehr.

„Einmal Opfer, immer Opfer“, so benennen Uwe Müller und Grit Hartmann in ihrem Buch „Vorwärts und Vergessen!“ eine Kapitelüberschrift. Im Kapitel selbst heißt es auf Seite 89:

Am 30. März 2004 legte die damalige CDU/CSU-Fraktionschefin Angela Merkel mit 50 Kollegen dem Parlament ei-

nen Vorschlag vor. Immer am 17. Juni, dem Jahrestag des Volksaufstandes, sollte eine große Debatte im Bundestag all den Ostdeutschen gewidmet werden, die wegen ihres Eintretens für Demokratie und Freiheit einst Verfolgung und Willkür ausgesetzt waren. Merkel wollte die Bundesregierung verpflichten, regelmäßig vor dieser Debatte einen Bericht zum Stand der Rehabilitierung und der Entschädigung der SED-Opfer vorzulegen.

Der Antrag in der Drucksache 15/2818 scheiterte an der Mehrheit von SPD und Grünen.

Abschied

Sie hatte sich gerade noch ihr geliebtes Lavendelparfüm aus Spanien bestellt. Sie freute sich auf das geplante Beisammensein der ehemaligen Hoheneckerinnen des NRW-Kreises im Dezember. Auch liebäugelte sie trotz schwierig zu organisierendem Transport mit dem Gedanken, im Jahr 2016 am Häftlingstreffen in Stollberg teilzunehmen, um sich vom Fortschritt der Gedenkstätte zu überzeugen. Petra Sonjé (97) kann ihre Vorhaben nicht mehr realisieren – am 11. November 2015 ist diese lebenswerte, geradlinige Kameradin nach langem Leiden von uns gegangen. Die Haft in Sachsenhausen (vier Jahre) und in Hoheneck (14 Jahre) prägte das Leben der Buchhändlerin. Als eine der ersten DDR-Häftlinge schloß sie sich im Westen Maria Stein an, der Gründerin des „Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen“, um dessen Erhalt Petra Sonjé mit 20 weiteren Kameradinnen seit 2012 vor Gericht kämpfte. (Maria Steins Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz im Jahr 1995 war auf Initiative von Petra Sonjé erfolgt.) Im Frauenzuchthaus Hoheneck hatte sie neben der üblichen Zwangsarbeit die Häftlingsbibliothek betreut. Häufig wurde sie mit Arrest bestraft („Ich konnte nicht alle Drangsalierungen protestlos hinnehmen!“), wegen einer

Am 22. November 2005 wurde Angela Merkel zur Bundeskanzlerin Deutschlands gewählt. Ab diesem Zeitpunkt verschwand ihre Idee für die gesamte Zeit ihrer bisherigen Kanzlerschaft.

Eine Studie der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, durchgeführt in elf Staaten zur Lage der Opfer des Kommunismus in Europa, mit dem Titel „Zivilcourage würdigen“, kommt zu dem Schluß, daß die Opfer und Verfolgten des Kommunismus in nahezu allen Ländern materiell schlechter gestellt sind als der Durchschnitt der Gesellschaft, viele leben in Armut. Der 600 Seiten umfassende Be-

schweren Tbc vegetierte sie längere Zeit im Isolationstrakt der Krankenstation. Auf Vermittlung von Rechtsanwalt Wolfgang Vogel wurde sie 1965 von der Bundesregierung freigekauft und lebte seitdem in Köln. Petra unterstützte großzügig Jahrzehnte den Frauenverein sowie einzelne Leidensgefährten. Durch den Umzug ins Pflegeheim rissen fast alle Hoheneck-Kontakte ab, was sie ein ums andere Mal bedauerte.

Trotz ihres Alters war Petra Sonjé geistig erstaunlich fit. Auf Grund ihres Augenleidens konnte sie zwar nicht mehr fernsehen, keine Bücher oder Zeitungen lesen, aber übers Radio und durch Hörbücher hielt sie sich auf dem Laufenden. Aus dem „Stacheldraht“ ließ sie sich jeden Monat die für sie wichtigen Berichte vorlesen. Vor allem, wenn es um den Frauenkreis und Neuerscheinungen von Häftlingsliteratur ging. Nach wie vor interessierte sie sich für aktuelle Ereignisse, schimpfte auf Gysi, Wagenknecht, Krenz & Co. Aber auch das eigene Umfeld bereitete ihr zunehmend Kopfschmerzen: „Früher ging es darum, Kameradschaft zu pflegen, Erinnerungen auszutauschen und gegen das Vergessen zu kämpfen. Heute wollen sich einige nur profilieren, ohne Empathie für gemeinsam ertragenes Unrecht“, bedauerte sie noch am 3. November 2015. Nach einem Herzinfarkt am 9. November,

richt wurde für die EU-Kommission erstellt und aus EU-Mitteln finanziert.

26 Jahre nach dem Zusammenbruch der Diktaturen in den Ostblockstaaten, einschließlich der DDR, und der Verfestigung des Zustands des Schweigens und Verschweigens wird es schwer sein, eine breite gesellschaftliche Debatte über Recht, Unrecht, Verantwortung und Würdigung gegenüber den Opfern des SED-Unrechts zu erreichen. Wenn sie aber gelänge, wären wir der Einheit der Deutschen einen großen Schritt näher gekommen.

Eva Aust, Berlin

Reanimierung, Verlegung vom Pflegeheim ins Krankenhaus, verstarb die von uns allen geschätzte Kameradin zwei Tage später. Jeder, der sie kannte, weiß neben ihrem Engagement im Frauenkreis auch um ihre Begeisterung für den Kölner Karneval (seit Jahrzehnten im Verein „Große Sülz-Klettenberger“). Daß sich Petra exakt zu Beginn der „5. Jahreszeit“, wie die Session ab dem 11.11. im Rheinland genannt wird, verabschiedete, deuten nahestehende Kölner als besonderes Zeichen. Nach langem Leiden mit starken Schmerzen, etlichen Stürzen sowie einem glimpflich ausgegangenen Zimmerbrand im vorigen Jahr, der glücklicherweise nur ihr Hab und Gut vernichtete, verlor sie ihren Kampf ums Weiterleben. Wir werden ihr phänomenales Gedächtnis vermissen, aber auch ihre Herzlichkeit und ihren Humor. Unsere Kameradin hat ihre letzte Ruhe – wie ihr Mann Fritz vor fünf Jahren – durch eine anonyme Bestattung gefunden.

Petra Sonjé.

Ellen Thiemann



Foto: Thiemann

„Kindheit hinter Stacheldraht“

Die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam hat am 20. Januar 2016 die Sonderausstellung „Kindheit hinter Stacheldraht“ eröffnet. Kurator ist Alexander Latotzky. Sie präsentiert 13 Schicksale von Kindern, die in einem so-

wjetischen Speziallager geboren wurden. Er selbst kam 1948 im Speziallager Bautzen zur Welt. Seine Mutter wurde 1945 wegen angeblicher Spionage verhaftet und zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt. Nach der Auflösung der Lager überstellte

der sowjetische Geheimdienst viele der weiblichen Gefangenen in das DDR-Frauengefängnis Hoheneck. Ihre Kinder wurden ihnen weggenommen und mußten in verschiedenen Heimen aufwachsen.

Die Sonderausstellung ist bis zum 5. Juni 2016 in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam zu sehen (Di-So 14-18 Uhr).



Ausbruch aus eingemauertem Denken

Von Siegmар Faust

Man muß ja nicht jede Musik mögen. Aber wenn es um deren politische Dimension geht, dann bin ich hellhörig. Thomas „Knorri“ Renker, 1957 in Leipzig geboren, hat ein Buch herausgegeben, in dem sich überwiegend Jazz-, Blues- und Rockmusiker, aber auch Liedermacher und Schriftsteller an ihre Jahre oder an Episoden in der DDR erinnern. Er wirft damit für unsere Nachfahren die wesentlichen Fragen auf: „Wie lebt man als Künstler in einer Diktatur? Welche Wege geht der Mensch unter den Zwängen einer vereinheitlichten Meinung? Blieben Freiräume zum Durchatmen und zur Ehrlichkeit?“

Die 17 zu Wort gekommenen Autoren, geboren zwischen 1938 und 1992, decken – bis auf einen Nachfahren – faktisch die gesamte Periode der SED-Diktatur in ihren verschiedenen Phasen ab. Immer mußte die SED-Diktatur gegen die westlichen kulturellen Einflüsse kämpfen, sei es gegen die „amerikanische Unkultur“ der Niethosen, des Jazz, des Rock 'n' Roll, der Krepptänze oder später gegen die westliche Dekadenz solcher Tanzrhythmen wie Beat, Twist oder Punk.

Diktator Walter Ulbricht versuchte in den 60er Jahren eine möglichst umfassende eigene sozialistische Jugendkultur zu schaffen. Ein Leipziger Tanzlehrer-Ehepaar erhielt den Parteauftrag, einen neuen Tanz zu kreieren. Was dabei herauskam, hieß Lipsi. Im Vorgriff auf den erhofften Erfolg wurde der Tanz sogar weltweit zum Patent angemeldet. Wie fast alles, was in einer Planwirtschaft erfunden wurde, geriet auch dieses Kunstprodukt zum Fiasko. In Sprechchören riefen Jugendliche: „Wir tanzen keinen Lipsi und nicht nach Alo Koll, wir sind für Bill Haley und tanzen Rock 'n' Roll!“ Als Dresdner Sportschüler, der ich bis 1964 war, kann ich nur bestätigen, daß uns dieser sportliche Tanz ebenso verboten war wie das Tragen von Jeans.

Als dann der Beat seinen Welterfolg antrat, blamierte sich Ulbricht mit seiner auf das „Yeah, Yeah, Yeah“ der Beatles anspielenden Aussage: „Ist es denn wirklich so, daß wir jeden Dreck, der vom Westen kommt, nu kopieren müssen? Ich denke, Genossen, mit der Monotonie des Je-Je-Je, und wie das alles heißt, ja, sollte man doch Schluß machen.“

In seiner Musikerlaufbahn beschreibt *Wolfgang Voigt*, der als erster Beatgitarist Thüringens gilt, wie nach dieser Ulbricht-Schelte nicht mehr englisch gesungen werden durfte. Vor den dümmlichen Funktionären konnten sie jedoch vorerst den Namen ihrer Band „The Polars“ rechtfertigen, indem sie erklärten, der englische Artikel THE stünde für „Thüringer Heimat Ensemble“.

Weniger lustig ging es im Herbst 1965 in Leipzig zu. Nachdem die SED-Führung besonders auf Drängen des späteren Diktators *Honecker* eine Wende in der Kulturpolitik beschlossen hatte, durften die Beatles nicht mehr gespielt werden. Beliebte Beatgruppen wie die *Butlers* oder *Klaus Renft* und 54 weitere Bands bekamen Auftrittsverbot. In den Tagen danach tauchten Handzettel in Leipzig auf, die zu einer Demonstration aufriefen. Über 800 Jugendliche sollen sich schließlich am 31. Oktober 1965 auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz versammelt haben. Es ging gewaltlos, ruhig und friedlich zu. Doch schnell wurde die Beat-Demo mit einem massiven Polizeiaufgebot, unter Einsatz von Gummiknüppeln, Hunden und Was-



Klaus Renft 2003.

serwerfern aufgelöst. Insgesamt wurden 264 Demonstranten verhaftet. 97 von ihnen mußten anschließend ohne Gerichts Urteil bis zu sechs Wochen lang Zwangsarbeit in Braunkohletagebauen leisten. Studenten, die mit aufgegriffen worden waren, mußten sich ebenfalls in der Produktion bewähren. Nach diesem Ereignis wurde der Begriff des „Rowdytums“ als Straftatbestand ins Strafgesetzbuch eingebracht. Ein einziger Schriftsteller der DDR würdigte dieses Ereignis: *Erich Loest* (1926–2013). In seinem 1977 erschienenen Roman „Es geht seinen Gang“ integrierte er den Beat-Aufstand in die Biographie seines Helden. Später resümierte

er: „Was 1965 auf dem Leuschnerplatz begann, endete 1989.“

Ich selber begann damals gerade mein erstes Studium an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Ich saß im Barackeninternat und büffelte, wie es sich für einen sozialistischen Studenten gehörte. Obwohl ich Blues- und Bob-Dylan-Liebhaber war, ohne jedoch englische Texte verstehen zu können, war ich auch Kandidat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Plötzlich rollten Lastwagen mit Planen in das Barackenlager ein. Über Lautsprecher wurden alle Genossen Studenten aufgefordert, sofort in die Lastwagen zu steigen. Man trieb uns dann in den größten Hörsaal, der schon voller Genossen Studenten, Dozenten und Professoren war.

Der Uni-Parteisekretär hielt eine feurige Ansprache gegen die Bonner Ultras, die gar versuchten, die Jugend der DDR als Fünfte Kolonne zu mißbrauchen. Wir bekamen den Parteauftrag, Dreiergruppen zu bilden, möglichst ein Dozent, zwei Studenten, um die Nacht hindurch jede Ansammlung von mehr als drei Menschen und jeden Bartträger und Träger langer Haare aufzuhalten, bis der Streifenwagen der Volkspolizei käme. Als er den Satz ausrief: „Genossen, unser Einsatzgebiet ist der Nahe Osten“, ging seine Rede in lautem Gelächter unter. Er meinte freilich nur den nahen Osten von Leipzig. Zum Glück trafen wir auf den menschenleeren Straßen nur noch unsere eigenen Dreiergruppen an, so daß wir schnell mit unserem sympathischen Kunstgeschichtsdozenten *Dr. Günter Meißner* (1936–2015) in einer Kneipe verschwanden und uns über den Blödsinn der Parteiführung amüsierten.

Wir dachten schon damals aus der Situation heraus so, wie es der Satz im Bericht *Karsten Jägers* (geb. 1966) später auf den Punkt bringen sollte: „Da waren ein paar hundert junge Menschen, die einfach nur Musik machten, und die SED-Genossen beschäftigten ein riesiges Heer von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Spitzeln. So ein Schwachsinn.“

Dr. Meißner war zwar selber SED-Genosse, aber er saß in den Parteiversammlungen des Instituts stets in der letzten Reihe, in der ich mich fortan

Veranstaltungen

2.2. (Di), 18.00 Uhr:

Buchpräsentation **„Diagnose: verhaltensgestört. Das Kombinat der Sonderheime in der DDR“**; Veranstaltung d. LAKD u.a.; Ort: Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam, Breitestr. 9a, 14467 Potsdam

3.2. (Mi), 17.30 Uhr:

Führung „Unterwegs im Archiv“; 19.00 Uhr: **„Tragödie an der grünen Grenze“**, Lesung u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

3.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Spionageabwehr in Hamburg – vom Kalten Krieg bis zur Gegenwart, Vortrag v. Guido Malburg, Landesamt f. Verfassungsschutz, Hamburg; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ d. Bibliothek d. Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg; Ort: Helmut-Schmidt-Universität, Hauptbibliothek, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg

3.2. (Mi), 19.00 Uhr:

„For eyes only – Streng geheim!“, Agentenfilme im Kalten Krieg, Film und Gespräch mit Sebastian Lindner, BStU, u. Andreas Kötzing, Hannah-Arendt-Institut; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Kino unterm Dach, Schandauer Str. 64, 01277 Dresden

6.2. (Sa) – 7.2. (So):

Leben in der Diktatur. Die ideologische Durchdringung des Alltags in der DDR; Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung; Ort: Maritim-Hotel Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 87, 39104 Magdeburg; Anmeldung: KAS, Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt, Brigitte Mansfeld, Franckestr. 1, 39104 Magdeburg, Tel. (03 91) 52 08 87-101, E-Mail Brigitte.Mansfeld@kas.de

9.2. (Di), 18.00 Uhr:

„Hilde Benjamin – eine Biographie“ Buchvorstellung mit Autorin Dr. Andrea Feth, Juristin; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

10.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Strafverfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen, Vortrag u. Gespräch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Transitional justice. Instrumente, Erfahrungen, Herausforderungen“ d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Veranstaltung d. Deutschen Instituts für Menschenrechte; Ort: Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin

10.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Die Oktoberrevolution in der Peripherie: Das Beispiel der Ukraine, Ref. Prof. Dr. Tanja Penner, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Veranstaltung d. Lehrstuhls

ebenfalls einfand, und von dort aus ließ sich wunderbar mit Gesten und Parodien über den vorn referierenden Parteisekretär des Instituts lästern. Meine Dissidenz begann also schon innerhalb der SED im Kandidatenstatus. Kein Wunder, daß die Genossen der Kreisleitung mich trotz dreijähriger Wartezeit nicht aufnahmen. Dissidenz ist jedoch nur eine Abweichung von der Parteilinie. Zum echten Widerständler wurde ich erst später in der Haft, vor allem im Zuchthaus Cottbus, das „Knorri“ Renker ebenfalls noch kennenlernen durfte.

Auch er wurde später in seinem Freundeskreis von dem Stasi-Spitzel „IM Lektor“ bearbeitet, der mit Klarnamen *Heinz Kucharski* (1919–2000) hieß und schon Jahre zuvor der Hälfte meiner Künstlergruppe mit zu Gefängnisaufenthalten verhalf. Das Tragische an dem Mann war, daß er einst in Hamburg die aus München kommenden Flugblätter der Weißen Rose mit verteilte, also in der Tat Widerstand gegen das Nazi-Regime leistete. So wird er noch immer bei Wikipedia als eine „zentrale Persönlichkeit des Hamburger Zweigs der Weißen Rose“ bezeichnet.

Doch als er dann als erster mit seiner Freundin und seiner Mutter verhaftet worden war, verriet er der Gestapo alles, so daß noch 30 weitere Mitkämpfer in die Fänge der Gestapo gerieten, von denen acht nicht überlebten. Der studierte Indologe floh nach überlebtem Todesurteil aus Hamburg, weil er dort aufgrund seines Verrates nicht entnazifiziert worden war, in die Ostzone. In Leipzig, angestellt als Lektor im halbstaatlichen Paul-List-Verlag, wurde er ein fleißiger und vielfach ausgezeichnete Stasi-Spitzel, der sich in den 80er Jahren sogar einen Namen als Yoga-Lehrer machen konnte.

Auch der Bluesmusiker *Axel Hümbert* (geb. 1963), der nach seinem Amerika-Aufenthalt als *Dr. Slide* berühmt wurde, durfte noch die Vernehmungsmethoden der Stasi im Potsdamer „Lindenhotel“ kennenlernen, und der Gitarrist *Locke O’Nash* neben der JVA Dessau und dem Militärgefängnis in Schwedt noch die NVA-„Klappmühle“ in Bad Saarow. Auch der Bürgerrechtler *Stephan Krawczyk* (geb. 1955), der 1985 aus der SED austrat, erlitt wie viele andere Kollegen Berufsverbot und Inhaftierung. Sogar einen Mordversuch der Stasi überlebte er mit seiner damaligen Frau, der Regisseurin und Autorin *Freya Klier*.

Der Älteste im Buch ist der 1938 geborene Singer-Songwriter, Schauspieler und Autor *Heinz-Martin Benecke*. Er wurde schon

1961 als Mitglied des Leipziger Uni-Kabarets „Rat der Spötter“ wegen „konterrevolutionärer Hetze“ eingesperrt. Eigentlich hätte ins Buch auch noch der bedeutende deutsche Dichter *Andreas Reimann* (geb. 1946) gehört, der nach seinem Veröffentlichungsverbot viele Songtexte schrieb und der ebenfalls nach der Stasi-Untersuchungshaft im Zuchthaus Cottbus eingesperrt war. Dort lernte er den auch aus Leipzig stammenden Chansonsänger, Pianisten und Komponisten *Hubertus Schmidt* (geb. 1951) kennen.

Was neben dem ständigen Kampf gegen engstirnige Kulturfunktionäre – von ein, zwei Ausnahmen abgesehen – doch faktisch alle Lebensläufe der veröffentlichten Musiker und Dichter von Anfang an durchzieht, ist die Rolle der Stasi, die in einer weltrekordmäßigen Stärke im Auftrag der SED-Führung die „sozialistische Menschengemeinschaft“ drangsalierte, insbesondere jene, die von einer Bühne aus junge Menschen beeinflussen und beeindruckten konnten, sei es durch Frisuren, Bärte, Klamotten, kritische Liedtexte, ungewöhnliche oder aufreizende Klänge.

In des Herausgebers eigenem Text heißt es dazu: „Die Stasi hat die Gewalt, du, Peter, hast die Wahrheit. Doch die Wahrheit zählt nichts hinter den ostdeutschen SED-Mauern, die das kleine Land durchsetzen wie ein tödlicher Pilz, wie eine giftige Krake. Fette rote Lügen waberten durchs Land. ‚Sag mir wo du stehst und welchen Weg du gehst!‘, das aufdringliche Aushorchen ätzte jede Freiheit weg.“

Der Diplommusiker *Mathias Marschner* (geb. 1955), der nicht das Gefängnis erleben mußte, sondern sich in den Nischen des DDR-Beziehungsgeflechts zurecht fand, denkt im Rückblick durchaus an die gute Ausbildung, die er genoß. Dennoch ließ er sich nicht korrumpieren: „Wenn ich die Jahre bis 1989 betrachte, dann denke ich mit Empörung an die staatlichen Repressionen, an die uniformierte Gesellschaft und das Fehlen jeder individuellen Freiheit.“

Bei Dr. Slide heißt es rückblickend: „Das ist eigentlich das schlimmste Verbre-



Thomas Renker (Hg.): *Eingemauerter TwiSt. Biographische Stationen, Passage-Verlag, Leipzig 2015, Broschur, zahlr. Fotos, 184 S., 14,50 €*



chen, das dieser Staat DDR beging: das Säen von Mißtrauen. Bis heute fällt es mir schwer, wirklich Vertrauen zu einem Menschen aufzubauen.“

Trotzdem haben sich alle auf ihre Weise durchgesetzt, sie haben trotz aller Widerstände zu ihrer Berufung gehalten,

haben sie verteidigt und ziemlich erfolgreich ausgelebt. Sie haben bewußt oder unbewußt Tausende junge Menschen von den Gefühlen und Ideen dessen infiziert, was sich unter dem großen Wort Freiheit zusammenfassen läßt. Das hat die DDR nicht überlebt. 

Drangsaliert und dekoriert

(VT) Mit 16 Jahren gerät der schüchterne Junge Richard in die Fänge der Stasi und wird von einem sowjetischen Militärgericht zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Der Grund: ein verunziertes Leninbild, ein Dummejungenstreich.



Horst Böttge: *Drangsaliert und dekoriert. Von der Kunst des Überlebens in der DDR*, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2015, 192 S. 9,95 €

Seine neue Heimat ist das „Gelbe Elend“ in Bautzen und später der „Rote Ochse“ in Halle. Hier hat er einen Tagesablauf wie ein Krimineller. Alle Gnadengesuche der Eltern an die DDR-Justiz und die Regierung bleiben unbeantwortet. Schließlich entlassen, gelingt es Richard, sich durch Ausbildung

und Fleiß für höhere Aufgaben im Beruf zu qualifizieren und die geraubte Jugend nachzuholen.

Autor Horst Böttge berichtet vom Leben seines Bruders, der es in leitender Position trotz Engpässen und Fehlplanungen und mit der Stasi im Genick schaffte, mit Zivilcourage zu agieren, und der für seine Arbeit höchste Auszeichnungen erhielt.

Ein Buch über eine außergewöhnliche Karriere in der von Mangel und Mißtrauen dominierten sozialistischen DDR-Wirtschaft.

Lutz Rathenow, Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen des Freistaates Sachsen, dessen Behörde die Publikation gefördert hat, sagte zum Entstehungsprozeß des Buches: „Das Entstehen so eines Buches ist selbst schon ein Teil der gesellschaftlichen Aufarbeitung. Allein die Liste der Mitwirkenden in der Danksagung bezeugt, daß es vor seiner Fertigstellung vielfältige Aktivitäten, Diskussionen und Recherchen auslöste. Verfolgtenbetreuung, Unterstützung der Arbeit von Verbänden, familiäre und deutsch-deutsche Vergewisserungsarbeit und das Einbeziehen professioneller Verbreiter verschmelzen zu einem Prozeß, der neue Projekte auch in der Region anregen kann. Unsere Behörde agierte auch hier als Vermittler und Schaltstelle, deren Beitrag es ist, solche Projekte auf den Weg zu bringen, damit bewegende Biographien nicht nur als persönliche Erinnerungen der Angehörigen erhalten bleiben.“

Lesungen aus dem Buch während der Leipziger Buchmesse:

18.3. (Fr), 18.00 Uhr: in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle, Am Kirchtor 20 b, 06108 Halle/Saale

19.3. (Sa), 18.00 Uhr: BStU-Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig 

Ausgebürgert und vergessen

Sein größter Erfolg, der ihn innerhalb der DDR-Grenzen berühmt machte und ihm hohe Auflagen verschaffte, war sein erster Roman „Beschreibung eines Sommers“, erschienen im Jahr des Mauerbaus 1961 und schon 1962 verfilmt mit Manfred Krug und Christel Bodenstein in den Hauptrollen. Erzählt wird eine Lie-

besgeschichte im ungewöhnlich heißen Sommer 1959 auf einer Großbaustelle, die an der Politik scheitert. Wenn man so will, kann man diesen Roman, neben Brigitte Reimanns Erzählung „Ankunft im Alltag“ (1961), als erstes Buch einer eigenständigen DDR-Literatur bezeichnen, weil dort die neuen Verhältnisse

Veranstaltungen

f.d. Geschichte Osteuropas a.d. HU Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

11.2. (Do), 18.00 Uhr:

„**Das Ende des Imperiums. Was aus den Staaten der Sowjetunion wurde**“, Buchpräsentation mit d. Autoren Thomas Kunze u. Thomas Vogel; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

11.2. (Do), 19.00 Uhr:

Buchvorstellung „**Halt – Staatsgrenze! Alltag, Dienst und Innenansichten der Grenztruppen der DDR**“ v. Dr. Jochen Maurer; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

12.2. (Fr), 19.00 Uhr:

„**Fremde Freunde – Honeckers Gastarbeiter**“ Filmpräsentation; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: St. Bartholomäus-Kirche, Friedenstr. 1, 10249 Berlin

16.2. (Di), 19.00 Uhr:

„**Fahnenflucht in die Freiheit**“. Begegnung mit Hans-Günther Schmidt; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

17.2. (Mi), 18.00 Uhr:

„**Die Akten sind offen**“. Ein Zeitzeuge berichtet, Vortrag v. Christian Booß, BStU, u. Gespräch mit Eckhart Hübner, Zeitzeuge, Mod. Marita Richter, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg; Ort: Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

17.2. (Mi), 19.00 Uhr:

„**Der Marxismus-Leninismus (ML) als „Wissenschaft“ in der DDR**“, Kurzvortrag v. Dr. Dietmar Bartsch, Wirtschaftswissenschaftler u. Fraktionsvorsitzender der „Linken“ im Bundestag, Diskussion mit Prof. Dr. Manfred Wilke, Soziologe, Dr. Stefan Wolle, Historiker, Dr. Dietmar Bartsch, Mod. Dr. Ulrich Mähler, Historiker; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

18.2. (Do), 19.00 Uhr:

„**Das Frauenzuchthaus Hoheneck. Stasi und der Strafvollzug**“. Vortrag u. Gespräch mit Sebastian Lindner, BStU, Irene Schreiber, Zeitzeugin, Mod. Sandra Buchler, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u. d. Staatsarchiv Chemnitz; Ort: Staatsarchiv Chemnitz, Veranstaltungssaal, Elsassers Str. 8, 09120 Chemnitz

18.2. (Do), 19.00 Uhr:

„**West-Ost-Migranten**“. Wie die Stasi Aufnahmelager überwachte; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig



23.2. (Di), 18.00 Uhr:

„Jugendopposition in der DDR“ Eröffnung einer Ausstellung d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., im Gespräch: Evelyn Zupke und Peter Grimm; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

24.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Spionage in der Weltgeschichte, Vortrag v. PD Dr. Helmut Stubbe da Luz, Historiker, Ausstellungskurator Hamburg; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ d. Bibliothek d. Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg u.a.; Ort: Helmut-Schmidt-Universität, Hauptbibliothek, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg

29.2. (Mo), 13.45 Uhr:

Zwischen Aufbegehren und Anpassen. Jugend in der DDR, Ref. Konrad Felber, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Gymnasium „Am Sonnenberg“, Aula, Am Sonnenberg 1, 19089 Crivitz

2.3. (Mi), 17.30 Uhr:

Die Postkontrolle der Stasi, Vortrag v. Dr. Rüdiger Sielaff, BStU, und Führung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

8.3. (Di), 18.00 Uhr:

„Aber der Himmel – grandios“ Vorstellung d. Verbannungstagebuches der Litauerin Dalia Grinkevičiūtė durch Vytene Muschick, Herausgeberin u. Übersetzerin; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

8.3. (Di), 18.00 Uhr:

Tschernobyl, das Kernkraftwerk Lubmin und die Stasi, Vortrag v. Sebastian Stude, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Rathaus der Hansestadt Greifswald, Bürgerschaftssaal, Markt 1, 17489 Greifswald

9.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Entschädigungen. Erwartungen, Erfahrungen und Standards kollektiver und individueller Entschädigungsprogramme nach systematischem Unrecht; Vortrag u. Gespräch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Transitional justice. Instrumente, Erfahrungen, Herausforderungen“ d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Veranstaltung d. Stiftung Erinnerung – Verantwortung – Zukunft; Ort: Stiftung EVZ, Lindenstr. 20-25, 10969 Berlin

9.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Inoffizielle Mitarbeiter und andere Informanten der Stasi, Vortrag u. Gespräch mit Christian Booß, BStU; Veranstaltung d. DDR-Geschichtsmuseums im Dokumentationszentrum Perleberg u.a.; Ort: DDR-Geschichtsmuseum im Dokumentationszentrum, Feldstr. 98, 19348 Perleberg

grundsätzlich bejaht und zugleich kritisiert werden.

Karl-Heinz Jakobs wurde am 20. April 1929 in Kiauken im ostpreußischen Landkreis Elchniederung geboren und noch 1945 als Flakhelfer zur Wehrmacht eingezogen. Nach der Kriegsgefangenschaft übte er die verschiedensten Berufe aus und wurde 1956 von der Baustelle des Kraftwerks Trattendorf bei Spremberg zum Studium am Leipziger Literaturinstitut delegiert, seit 1958 arbeitete er als freier Schriftsteller.

Nachdem er im Herbst 1976 gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestiert hatte, wurde er aus der SED ausgeschlossen und 1979 auch aus dem DDR-Schriftstellerverband. Er wurde 1981 ausgebürgert und lebte seitdem in Velbert/Rheinland, wo er noch drei Romane schrieb und am 4. November 2015 verstorben ist.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist aber auch sein 1983 veröffentlichter Roman „Das endlose Jahr“, weil er hier ein Thema aufgegriffen hat, das von DDR-Autoren eher gemieden wurde: die mangelnde Aufarbeitung des Stalinismus im SED-Staat, dessen markantester Vertreter Walter Ulbricht (1893–1973) war. Eines Tages nämlich hatte der in Falkensee bei Berlin wohnende Karl-Heinz Jakobs Post aus Dresden bekommen, von der ihm unbekanntes Altkommunistin Dorothea Garai (1899–1982), die zwei Jahrzehnte in sibirischen Arbeitslagern und in der Verbannung verbracht hatte und 1955 nach Dresden ausreisen durfte.

Niemand im SED-Staat wollte die Geschichte ihrer gnadenlosen Verfolgung hören, bis sie den ostpreußischen Autor traf, der Sibirien bereist hatte. Er wußte, wie fast alle Menschen in der DDR damals, nichts vom Stalinismus, die Partei hatte dieses Thema bis zum Untergang 1989 mit voller Absicht unerörtert gelassen, um die eigenen Machtpositionen nicht zu gefährden. Ungläubig hörte er zu, was sie zu berichten hatte, und ließ sich mehrere Tonbänder besprechen, die er mit ins Rheinland nahm.

Mit diesen Aufzeichnungen schrieb er noch ein zweites Buch über das Schicksal Dorothea Garais, „Leben und Sterben der Rubina“ (1999).

Jörg Bernhard Bilke

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Februar Geburtstag haben

Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Viktor Gorynia am 18. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Helmut Schneider am 24. Februar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Kathrin Arnold, BdV LV Baden-Württemberg, Uwe Behne, Dr. Sigurd Blümcke, Jutta Böge, Erna Carbow, Erich Claus, Erwin u. Heidi Donner, Sybille B. Ebel, Ulrich u. Gisela Egerer, Margita Eikenberg, Gertraud Engelskircher, Hannelore Enigk, Peter Feige, Horst Fichter, Peter Frenz, John Gerstner, Rita Gesche,



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin
Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Burkhard u. Anette Gottschling, Alexander Grow, Wolfgang Heilmann, Theodor Hilbig, Wolfgang Hirth, Käthe Jahn, Herbert Jahrendt, Horst Jungsbluth, Siegfried Kästner, Erhard Kaufer, Christa Kirchner, Ulrich Kirmse, Friedrich u. Käthe Klausch, Steven Knudsen, Hansjochen Kochheim, Franz Kurzidim, Rolf Leonhard, Eduard Lindhammer, Fritz u. Barbara Mathei, Werner Mieth, Werner Morgenstern, Barbara Müller, Günther u. Irene Müller, Peter E. Müller, Dieter Neukamm, Dr. Jens Nielsen, Sylvia Öhlenschläger, Wolf-Dieter Ohme, Clemens Perschke, Detlev Putzar, Bernd Quinque, Eike Christine Radewahn, Marieliese Radtke, Lothar Rühl, Norbert Schachnowski, Dr. Kurt-Peter Schaefer, Rita Schiller, Horst Schröder, Xenia Schwarzbauer, Detlef Sens, Hans u. Ingeborg Sohn, Dr. Eberhard Teuchert, Burkhard u. Roswitha Ulm, Karl-Heinz Ulrich, Helge Viereck, Hans-Hermann Voss, Dr. Jürgen Weiland, Jürgen Wendler, Max Wendt, Peter Wiesenbauer, Tobias Woitschützke, Michael Wühle, Konrad Ziller

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG  **AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 12. Januar 2016

Das Zitat

Kranke Worte machen krank.

Nora Krause

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Vorstandsbeauftragter:
Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

